

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Ansprechender: Nr. 92a.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 175.

Donnerstag, den 30. Juli 1914.

21. Jahrg.

Zwischen Gängen und Bangen.

Wie ein Alpdruck lastet es gegenwärtig auf allen Schichten des deutschen Volkes, das nicht seinem Berufe oder seiner Geburt gemäß zum Maulheldentum gehört. Die Spannung ist eine derartige, daß sie jetzt schon lähmend auf das Geschäftsleben einwirkt. Sie trägt aber auch mit dazu bei, den abenteuerlichsten Gerüchten einen günstigen Nährboden zu verschaffen. Demgegenüber hat die Arbeiterschaft alle Ursache, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren.

Gewiß ist die Situation heute ernster denn je. Die gestern bereits von uns gebrachte Nachricht von einer teilweisen Mobilisierung in Rußland wird vom Reuterschen Bureau bestätigt. Rußland hat auch weitere Maßnahmen getroffen, die nicht als friedliche anzusehen sind. In der finnischen und Schwarzmeer-Rüste sind wichtige Leuchtfeuer gelöscht. So bedenklich aber auch derartige Nachrichten stimmen, so bedeuten sie noch immer nicht den europäischen Krieg. Rußlands Kriegsminister erklärte dem deutschen Botschafter, daß es sich hier lediglich um einen Akt der Vorsicht handelt.

Auf Sicherheitsmaßnahmen gegen die deutsche Grenze wolle Rußland verzichten, wenn Deutschland sich nicht in den gegenwärtigen Konflikt einmische. Rußland habe keine Neigung, die Klängen mit dem deutschen Nachbar zu kreuzen. Auch Deutschland kann und darf eine derartige Absicht nicht haben. So begegnen sich hier die beiden Staaten, deren Lenker in einem regen Depeschenwechsel stehen, in einem wichtigen Punkte. Es ist also immerhin noch Hoffnung vorhanden, daß es nicht zum Äußersten kommt.

Auch die hier in Lübeck durchdringenden Nachrichten von Vorbereitungen in den Kasernen für den Kriegsfall lassen bestimmte Schlussfolgerungen nicht zu. Sie geben allerdings zu denken und zeigen uns den Ernst der Situation. Das Proletariat Lübecks ist sich, wie die gewaltige Demonstration am Dienstag gezeigt hat, dieses Ernstes voll und bewusst. Weit mehr als jene Spießer und Wichtigmacher, die am Bierisch und im Café und in der bürgerlichen Presse Lübecks durch sogenannte Stimmungsmache gegen den Frieden hehen und in „patriotischer“ Begeisterung machen. Diesen Elementen, die ein geradezu frevelhaftes Spiel treiben, stellen wir die Ruhe und Gelassenheit gegenüber, die das Proletariat in schwierigen Situationen auszeichnet.

Die deutsche Reichsregierung würde allerdings viel zur Beruhigung beitragen können, wenn sie schleunigst den Reichstag einberufen würde. Damit entspräche sie nicht nur einem Gebot der Klugheit, sondern einer nach unserer Meinung selbstverständlichen Pflicht. Die Volksvertreter haben ein Recht, zu verlangen, daß sie in dieser schwierigen Situation gehört werden. Diese Auffassung teilt auch das „Berl. Tagebl.“, indem es schreibt:

„Wir sind auch der Meinung, daß der Reichstag bei entscheidenden Beschlüssen der deutschen Regierung nicht übergangen werden kann. Es ist dabei auch ziemlich belanglos, daß zu einer etwaigen Kriegserklärung der Reichstag verfassungsmäßig nicht gefragt zu werden braucht; denn bei den finanziellen Konsequenzen eines solchen Schritts wäre seine Mitwirkung unentbehrlich. Aber darüber hinaus glauben wir doch, das in einer Stunde der Entscheidung die Stimme der berufenen Vertreter des deutschen Volkes nicht ausgeschaltet werden darf. Ob die Dinge bereits bis zu dem Punkte gekommen sind, um die schleunige Einberufung des Reichstags notwendig zu machen, darüber wird man in diesem Augenblick verschiedener Meinung sein können. Nur soviel darf schon jetzt gesagt werden, daß der deutsche Reichstag rechtzeitig und ohne Rücksicht auf die Ferientbedürfnisse ebenso der Abgeordneten wie der Regierungsvorsteher einberufen werden muß.“

Das werktätige Volk Deutschlands fordert von der Regierung die sofortige

Einberufung des Reichstags.

Auf dem Kriegsschauplatz sind die Gegner bereits aneinander geraten.

Der Kriegsschauplatz.

Das Wiener Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet: Die Serben haben Mittwoch um 1 Uhr 50 Min. die Brücke zwischen Semlin und Belgrad gesprengt. Unsere Infanterie und Artillerie haben darauf im Verein mit Donaumonitoren die serbische Position jenseits der Brücke beschossen. Die Serben haben sich nach kurzem Kampf zurückgezogen. Unsere Verluste sind ganz unbedeutend. Dienstag gelang es einer kleinen Abteilung Pioniere im Verein mit Mannschaften der Finanzwache zwei serbische Dampfer, die mit Munition und Minen beladen waren, wegzunehmen. Sie überwältigten nach kurzem, aber heftigem Kampfe die an Zahl überlegene serbische Schiffsbesatzung, setzten sich in den Besitz der Schiffe samt deren gefährlichen Ladung und ließen sie durch zwei Donaudampfer wegschleppen.

Die Kanonade bei Semlin dauerte bis Mittwoch 6 Uhr morgens. Auf österreichisch-ungarischer Seite wurde ein Minieroffizier verwundet. Morgens um 7 Uhr herrschte Ruhe. Die serbischen Truppen wurden auf die Anhöhe von Belgrad zurückgezogen.

Der Verkehr zwischen Belgrad und Semlin ist vollständig eingestellt. In Semlin wurde das Standardrecht proklamiert.

An der Drina sind Kämpfe im Gange. Die serbischen Freiwilligenbände an der Westgrenze Serbiens haben an mehreren Stellen den Fluß zu forcieren versucht. Die österreichisch-ungarischen Grenzschutztruppen traten den Angreifern entgegen. Nach Wien gelangten, aber noch nicht bestätigten Meldungen hat an der Grenze des Sandisaf ein großes Gefecht stattgefunden. Drei serbische Divisionen griffen die österreichisch-ungarischen Truppen an, sie wurden von den Oesterreichern zurückgetrieben und gezwungen, die Waffen zu strecken. Angeblich sind auf österreichischer Seite 200 Mann, auf serbischer 800 Mann gefallen.

Es handelt sich hier, wie wir ausdrücklich hervorheben wollen, um österreichische Meldungen.

Zur politischen Situation in Böhmen

wird uns von unserem Mitarbeiter aus Prag geschrieben: Die von verschiedenen Blättern verbreitete Nachricht, daß über Graz und einen Teil Böhmens das Standardrecht verhängt ist, ist falsch. Es gelten hier nur dieselben Ausnahmebestimmungen, die mit Rücksicht auf Mobilisationen und Kriegsvorbereitungen in Oesterreich-Ungarn in Kraft getreten sind. Sie werden natürlich mit besonderer Schärfe gegenüber der tschechisch-sozialdemokratischen Partei angewendet. Verschiedene ihrer Organe, so das der Jugend und der Turner, sind verboten worden. Im täglich erscheinenden „Bravo Libo“ können die Tagesfragen nur mit der allergrößten Vorsicht behandelt werden, wenn eine Konfiskation vermieden werden soll. Zu weitergehenden Maßregeln war kein Anlaß vorhanden. Die Bevölkerung verhielt sich überall in ihrem deutschen wie im tschechischen Teil ruhig. Demonstrationen fanden nicht statt. Selbst als am Dienstag nachmittag die offizielle Kriegserklärung bekanntgegeben wurde, konnte man keine Erregung konstatieren. Die Stimmung ist mit einem Worte resigniert.

Steigerung der Lebensmittelpreise.

Wir berichteten bereits gestern, daß in Böhmen die Lebensmittelpreise rapide steigen. Heute wird aus Wien gemeldet: Um der infolge der Kriegserklärung eintretenden Preissteigerung für Lebensmittel entgegenzutreten, wurden Maximaltarife für die wichtigsten Lebensmittel festgesetzt. Sie erstrecken sich auf Fleisch, Mehl, Brot, Zucker und Kartoffeln. Die Tarife sollen schon diesen Donnerstag in Kraft treten.

Serbische Absichten.

Der „Secolo“ erhielt Depeschen aus Nisch und Kragevatsch, wonach es sich bestätigt, daß die serbischen Truppen einem Einmarsch der Oesterreicher in Belgrad nicht den geringsten Widerstand entgegenzusetzen werden. Beim Herannahen der ersten österreichischen Truppen werde die weiße Fahne

in Belgrad gehißt werden. Was die Expedition der Oesterreicher nach Mitrovika betrifft, so äußern sich die serbischen Behörden sehr ruhig. Man erklärt im serbischen Hauptquartier, daß Mitrovika eine uneinnehmbare serbische Festung sei.

Ein griechisches Dementi.

Der griechische Gesandte in Konstantinopel demontiert auf das energischste die ihm vom Pariser „Matin“ zugeschriebene Äußerung, daß Griechenland verpflichtet sei, Serbien mit 100 000 Mann zu unterstützen.

Rußlands Haltung.

Das Reutersche Bureau erhielt die Mitteilung, daß teilweise eine Mobilisierung der russischen Truppen im Süden und Südwesten angeordnet wurde. Sie beschränkt sich auf die Militärbezirke Kiew, Odessa, Moskau, Kasan. In jedem der Bezirke ständen vier Armeekorps in Friedensstärke, also insgesamt 16 Korps. Die Mobilisierung verwannte die 16 Armeekorps in 32. Kasan sei der Zentralbezirk, von dem die Reserven für die Westgrenze herbeigezogen würden.

Die Seeverwaltung teilt mit, daß die Feuerkraft vor Libau, Luserort und Sarytschew von ihren Standorten entfernt sind. Der Leuchtturm von Rensch und das Leuchtfeuer von Königgrund und Smultergrund sind ausgelöscht. Bei Sewastopol sind alle Feuer und Leuchttürme außerhalb des Chersones ausgelöscht worden. Die Einfahrt nach Sewastopol wird während der Nacht verboten.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat das auswärtige Amt in Berlin die Mitteilung erhalten, daß Rußland im Prinzip dem britischen Konferenzvorschlag zustimmt. Gleichzeitig wünscht Rußland den direkten Meinungsaustausch fortzusetzen.

Die „Kreuz-Ztg.“ berichtet über verschiedene militärische Maßnahmen Rußlands an der deutschen Grenze. Speziell von der Grenzstation Etdikuhnen meldet sie: Längs der ganzen Grenze hat der Grenzverkehr auf die letzten Nachrichten hin eine gewaltige Stöckung erlitten. Die beunruhigenden Nachrichten verfehlen nicht ihre Wirkung auf die sonst so friedlichen Einwohner der Grenzbezirke. Namentlich erregt es eine gewisse Besorgnis, seitdem bekannt geworden ist, daß von den Grenzgarnisonen starke Infanterieabteilungen sowie eine Maschinengewehrabteilung nach Wirballen abgegangen sind und dort in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes Quartier genommen haben.

Das Petersburger Blatt „Denj“ erfährt vom auswärtigen Amt, die Kriegserklärung schließe die Möglichkeit der Fortsetzung der Verhandlungen nicht aus. Der Erfolg der diplomatischen Beziehungen zur Vermeidung des europäischen Krieges werde dadurch beeinflusst, ob Deutschland und Italien von der Kriegserklärung überrascht worden seien oder ob sie vorher von ihr gewußt haben.

Neue Ausfälle auf politischer Grundlage werden aus Moskau, Kiew, Samara und Kostow gemeldet. Die Streiklage in Baku ist immer noch bedenklich.

In Wien umlaufende Gerüchte über eine Revolution in Rußisch-Polen sind nach der „Kreuzzeitung“ auf eine amtlich bestätigte Meldung zurückzuführen, daß am Dienstag in Warschau einige Pulvermagazine in die Luft flogen und im Telegraphenamte Bombenattentate verübt wurden, wobei mehrere Personen verwundet worden sind.

Militärische Maßnahmen in Holland und Belgien.

Holland und Belgien haben militärische Maßnahmen getroffen, ihre Grenze im Falle es Ernst mit dem Kriege zu sichern. Die holländische Regierung hat den Generalitätschef, der in Deutschland war, zurückgerufen. Die zur Übung einberufenen Reserven werden vorläufig weiter unter den Waffen gehalten. Die Schleppschiffe in der Rheinmündung und im Hasen von Schiedamen sind von der Regierung mit Beschlag belegt worden. Die Waalbrücke bei Nimwegen wird von Kolonialtruppen besetzt gehalten. Auch zur Bewachung der Maasbrücken sind Kolonialtruppen abgegangen. Es wurde bekanntgegeben, daß die Brücken unter Umständen gesprengt würden.

Zwischen Holland und Belgien schweben Verhandlungen über gemeinsame militärische Maßnahmen an der Maaslinie, um im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich die Neutralität aufrechterhalten zu

können. Belgien soll aus Frankreich die Zulassung erhalten haben, daß eine französische Mobilmachung nicht geplant sei. Die belgische Regierung hat aber trotzdem drei Klassen der Reserve einberufen. Außerdem kommt die allerdings nicht sehr wahrscheinlich klingende Meldung aus Nachen, daß man in Belgien fleißig daran arbeite, die zahlreichen Ardennen-Eisenbahntunnels zu unterminieren, um einen eventuellen deutschen oder französischen Truppendurchmarsch durch Sprengung der Tunnel zu erschweren.

Deutschland und Rußland.

Saltamtlich wird mitgeteilt, daß Kaiser Nikolaus an den Deutschen Kaiser ein Telegramm gerichtet hat, das sich mit einem Telegramm des Deutschen Kaisers an den Zaren kreuzte. Im Anschluß an diese Meldung, die bejagen soll, daß sich die Spitzen der deutschen wie der russischen Regierung bemühen, aus der äußerst heißen Lage herauszukommen, bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ einige anerkennende Zeilen über die Haltung der amtlichen russischen Kreise. Die russische Regierung hatte eine amtliche Kundgebung erlassen, in der sie die Hoffnung ausspricht, daß der patriotische Rummel in Rußland nicht eine Färbung von Mißgunst gegen Mächte annehmen werde, mit denen sich Rußland im Frieden befindet. Dazu schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“ am Mittwoch abend: „Der friedliche Ton der amtlichen russischen Mitteilung vom 28. Juli hat hier lebhaften Widerhall gefunden. Die Kaiserliche Regierung teilt den Wunsch auf Erhaltung friedlicher Beziehungen. Sie hofft, daß das deutsche Volk sie durch ferneres Bewahren einer maßvollen und ruhigen Haltung in ihren Bestrebungen unterstützen wird.“

Aus verschiedenen Teilen Deutschlands wird gemeldet, daß alle Brücken scharf bewacht werden. So aus Köln: Die große Kölner Höhenzollernbrücke wird von Brückenwächtern und großen Trupps Polizisten, die sämtlich mit scharf geladenem Karabiner ausgerüstet sind, bewacht. Aus Thüringen, Dresden und anderen Gegenden kommen ähnliche Meldungen. — Das „Westf. Volksblatt“ meldet, daß die Truppen im Sennelager in ihre Garnisonen zurückbefördert wurden. Das Sennelager dient Wanderverweilen.

Die deutsche Flotte ist, wie das Wolffsche Telegraphenbureau meldet, in ihre Heimathäfen zurückgekehrt.

Friedensdemonstrationen.

Die Mütter.

Der Frauenbund der deutschen Friedensgesellschaft richtete an den Kaiser ein Telegramm, worin er ihn im Namen von Millionen von deutschen Müttern bittet, den Frieden zu erhalten.

Außer den bereits gestern gemeldeten Demonstrationen fanden solche noch statt in Elberfeld, Bamern, wo es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei kam, Sena, Bielefeld, Minden, Hagen, Rüttingen, Ludwigshafen, Braunschweig, Breslau und Stuttgart. Auch hier kam es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Versammlungsbefugern. Es wurde Militär requiriert und die Schulleute zogen blank.

Nach den Protestversammlungen in Köln kam es zu ernstlichen Zusammenstößen mit der Polizei. Als die ungeheuren Massen, etwa 10.000, in ruhigen Gruppen nach der Stadt abziehen wollten, trat ihnen ein ganzes Bataillon Schulkleute zu Fuß und zu Pferde entgegen, das die Straßen abspernte. Es kam zu ungeheuren Menschenstauungen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Über das Vorgehen der Polizei herrscht allgemeine Empörung, besonders da die Polizei zur selben Stunde einen Trupp von etwa 1000 Hurraschreitern, die während die Hauptstraße durchzogen, ruhig dulde. Die „Rheinische Zeitung“ veröffentlicht in dieser Sache in ihrer Ausgabe vom Dienstag einen offenen Brief an den Kölner Polizeipräsidenten.

Der deutsche Parteivorstand erhielt folgendes Telegramm: Die Sozialisten Washingtons bitten Euch inständigst, im Namen der Menschlichkeit einen Krieg zu verhindern!

Oesterreich im Kriegszustand

Die Mobilisierung. — Der Ausnahmezustand. — Die Stimmung des Volkes.

Von einem Mitarbeiter, der in der vorigen Woche, als die österreichisch-serbische Affäre sich zuspitzen begann, eine Reise nach den Industrieregionen Deutsch-Böhmens antrat, wird uns folgendes Bild der dortigen Zustände übermittelt, das er nicht aus Oesterreich selbst ablesen konnte, weil unter den Ausnahmeverfügungen der Regierung sich auch die Aufhebung des Briefgeheimnisses befindet. Wir bemerken, daß der Verfasser ausdrücklich betont, daß ihm jegliche Tendenzmache oder Uebertreibung fernliegt und daß er bestrebt ist, objektiv zu berichten. Er schreibt:

Die Regierung hat gleichzeitig mit der Mobilisierung eines großen Teils der Armee den Ausnahmezustand über ganz Oesterreich verhängt, der insbesondere in denjenigen Gebieten, die von der Mobilmachung betroffen sind, mit rücksichtsloser Schärfe gehandhabt wird. Für die Zeitungen ist die Präventivzensur eingeführt, die durch die vom Kaiser beschworene Verfassung ausdrücklich abgeschafft worden ist. Die Zeitungen müssen drei Stunden vor ihrer Ausgabe dem Staatsanwalt oder in solchen Orten, wo eine Staatsanwaltschaft nicht vorhanden ist, der politischen Behörde zur Zensur vorgelegt werden. Telegramme und Telefongespräche, soweit sie bei der Manipulation der Drähte durch das Militär überhaupt noch möglich sind, unterliegen ebenfalls der strengsten Zensur. Telefongespräche ins Ausland gibt es nicht — mit einem Wort, es ist sowohl den Oesterreichern, wie den von Oesterreich aus bedienten deutschen Zeitungen fast unmöglich, etwas anderes zu bringen, als was der Regierung, oder besser gesagt, der Militärverwaltung in den Sinn paßt. Doch schildern wir den zeitlichen Hergang der Ereignisse:

In die großen Industriedörfer Nordböhmens drang die Nachricht von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Wien und Belgrad zum Teil noch in später Nachtstunde des Sonnabend, die meisten Leute aber erfuhren davon erst am Sonntag vormittag. Bereits in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag hatten die Post- und Eisenbahnbeamten überall Nachtdienst, was natürlich sehr beunruhigend wirkte. Am Sonntag flatterten denn auch sofort Gerüchte von bevorstehenden Einberufungen zum Militär auf. Bald da, bald dort hörte man, daß dieser oder jener Einwohner die Einberufung erhalten habe, indessen bestätigten sich diese Nachrichten zum größten Teil nicht. Warum — das sollte sich in wenigen Stunden zeigen. Beamte der politischen Bezirksbehörden durchstrafte in Automobilen und Kutschen ihre Bezirke, fuhrten von einem Gemeindeamt zum andern und gegen 6 Uhr abends erschienen an allen Ecken und Enden große gelbe Plakate, die mitteilten, daß

„S. K. und K. Apostolische Majestät eine teilweise Mobilisierung des Heeres und der Kriegsmarine, sowie der Landwehr und eine teilweise Aufbietung des Landsturmes allergnädigst anzubefehlen geruht habe.“

Die Rundmachung befahl allen Reservisten, Landwehr- und Landsturmeuten bis zum vollendeten 37. Lebensjahr, sowie den mit Widmungskarten (Kriegsbeorderungen) beteiligten Landsturmeuten ohne Einschränkung, binnen 24 Stunden aus ihrer Aufenthalts-Gemeinde in die Ausrüstungsstation abzugehen. Auf Grund des vor etwa anderthalb Jahren eingeführten Kriegsleistungsgesetzes wurden auch diejenigen Staatsbürger, die nicht gedient hatten, aber durch die Gemeindeväter den Befehl erhalten sollten, sich zur militärischen Verwendung irgendwelcher Art zu stellen, beauftragt, dem Einrückungsbefehl zu folgen. Die Plakate waren deutsch und tschechisch verfaßt, und es ist wohl ein für den Kenner österreichischer Verhältnisse sehr bedeutungsvolles Zeichen, daß auch in den deutschnationalsten Orten, wo sonst ein tschechisches Plakat, auch wenn es von einer Behörde ist, kaum über einige Minuten unzerstört blieb, sich gegen diese tschechischen Rundmachungen keine Hand erhob. . . . Der Schrecken herrschte!

Die Ausnahmeverfügungen hingegen, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken, alle Handlungen gegen die Landesverteidigung der Militärgerichtsbarkeit unterstellen, die Präventivzensur einführen, das Briefgeheimnis aufheben, die Gemeindebeamten zur Durchführung der Anordnungen der Militärverwaltung zwingen und die Geschworenengerichte einstellen, sowie die Schließung des Reichsrats und aller Landtage, die zu dem Zweck erfolgte, um bei der eventuellen Verhaftung von Parlamentariern nicht gehindert zu sein, wurde nicht etwa angeschlagen, sondern da genügte es, wenn die „Unterthanen“ die Konfiskation ihrer Rechte aus dem Zeitungsblatt erfuhren!

Während manche ledigen jungen Leute schon am Sonntag abreisten, folgte die große Masse der Einberufenen am Montag dem Mobilmachungsbefehl. Die Kriegervereine, in Oesterreich Veteranenvereine genannt, ließen es sich nicht nehmen, die Einberufenen zu sammeln und mit Musik auf die Bahnhöfe zu geleiten. Aber außer den Veteranen, die voranmarschierten, zogen die Frauen und Kinder und sonstigen Verwandten mit, und bitteres Schluchzen, lautes Weinen überzönten die Märsche der Kapelle. Von den Reden, die die Führer der Veteranen auf den überfüllten Bahnhöfen hielten, nachdem die Einberufenen sich in den Wagen zusammengedrängt und die Gendarmen mit aufgeflepptem Bajonett vor den Zügen aufstellung genommen hatten, von den Klängen der „Volks hymne“ genannten Kaiserliedes, von den schwachen Hochrufen der Veteranenvereine war nur in der nächsten Nähe etwas zu hören — überalls Schlug der Hammer, das Weinen, das Schreien, das Stöhnen so wohl der Vaterlandsverteidiger als der ihrer Ernährer, ihrer Lieben beraubten Angehörigen zu einem erschütternden Sturm zusammen. Da war nichts von der Begeisterung für den Krieg zu bemerken, die die Zeitungen aus Wien und anderen großen Städten melden, da sang niemand die „Volks hymne“ mit, die doch jeder noch aus der Schule im Kopf hat, da stimmte niemand in das Hoch der Veteranen ein, und selbst die deutschen nationalen Unternehmern, von denen gar viele selbst ihren Betrieb und ihre Familie im Stich lassen mußten und deren Abgeordnete dem neuoesterreichischen Imperialismus die Bahn geebnet und die Waffen in die Hand gegeben haben, machten von diesen Kundgebungen tiefsten Leides und bittersten Schmerzes auch nicht die geringste Ausnahme. Es muß hervorgehoben werden, daß alle politische Gegensätze, alle Feindschaft, wie sie der unbeschreibliche Kampf der politischen Parteien gerade in Deutsch-Böhmen hervorgerufen haben, schwiegen, und daß davon nichts mehr zu bemerken war — nur daß eben diese Gegensätze nicht etwa in Kriegsbegeisterung aufgingen, sondern in ihrem Gegenteil!

Man kann es ruhig aussprechen, daß die weitaus große Mehrzahl der Bevölkerung dieses unzweifelhaft fortgeschrittenen Teiles von Oesterreich völlig in der Reflexion dem Konflikt gegenübersteht, daß bei diesem großen Volksteil nur die Frage bestand: Was haben wir, dem Glasarbeiter, dem Weber, dem Gewerbetreibenden, dem Lehrer, die Serben getan, daß ich Weib und Kind, Erwerb und Familie im Stich lassen muß? — Wohl zählt der Staat den Familien der Einberufenen einen Unterhaltsbeitrag, das heißt, solange er dazu imstande sein wird, aber selbstverständlich wird dieser Beitrag immer nur einen geringen Bruchteil des sonstigen Verdienstes bedeuten und nach der jahrelangen schweren Krise in Oesterreich und bei der schon jetzt herrschenden und sehr bald wohl ins Furchtbare anwachsenden Teuerung, die dem Agrarstaat Oesterreich-Ungarn die höchsten Weizenpreise der Welt gebracht hat, sieht alles der Zukunft mit Grauen entgegen. Jeder fragt sich auch, was denn Oesterreich überhaupt gewinnen könne? Neue Nationen — man hat an den alten genug! Neues Land — das werden die andern Mächte nicht zugeben; also was sonst?

Es ist auch wohl zu vermuten, daß die Regierung zwar den Wortlaut ihres Ultimatum an Serbien und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen wegen angeblich ungenügender Antwort sofort veröffentlicht hat, während sie den Text der serbischen Antwort erst am Dienstag vollständig bekanntgab, zu einer Zeit, wo neun Armeekorps, weit mehr als die Hälfte der gesamten Wehrmacht des Doppelstaates, bereits mobilisiert war; sollte man sich darüber kein Urteil bilden können, ob die Antwort wirklich ungenügend sei? Jetzt ist eine kritische Prüfung natürlich nicht mehr möglich, denn die Zeitungen werden von den K. K. Staatsanwälten redigiert!

Unter diesen Umständen wird man sich nicht darüber wundern können, daß die Aktion der österreichischen Sozialdemokratie gegen den Krieg auf Proteste in der Presse beschränkt bleibt, soweit bisher bekannt ist. Versammlungen würden ja bei dem ersten kritischen Wort aufgelöst, und die Leute, die jetzt in Oesterreich regieren, würden sich kaum ein Gewissen daraus machen, den nicht mobilisierten Teil der Bevölkerung durch den mobilisierten vermindern zu lassen. Klar genug geht aus dem bisherigen Verlauf der Sache schon hervor, daß die militärischen Machthaber einmal zeigen wollen, was sie können — freilich können sie es nur durch die Massen des Volkes, das den Staat und die Armee erhält. Und dann ist es ja das alte absolutistische Rezept: *Ab len k un g* nach außen gegen innere Krisen. Ob es helfen wird? . . .

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Wehrbeitrag als Kriegsfonds.

Die freikonservative „Post“ vom Mittwoch abend macht folgenden Vorschlag:

„Als seinerzeit der Wehrbeitrag angeregt und beschlossen wurde, hat wohl keiner, der dabei mitwirkte, geglaubt, daß die Militärde, die auf diesem Wege zusammengebracht werden soll, unmittelbar zur Abwehr feindlicher Angriffe gebraucht werden könnte. Man hat sie bestimmt, für die Ausrüstung bestehender bzw. den Bau neuer Festungen, die uns vor einem feindlichen Einfall sichern sollten. Heute aber erscheint es nicht unmöglich, daß sie ganz unmittelbar zum Kriege verwandt werden.“

In diesen Tagen ist nun die erste Rate des Wehrbeitrags fällig. In Anbetracht der kritischen Lage würde es einen bedeutenden Eindruck nach außen hin machen, wenn sich recht viele Steuerzahler entschließen könnten, ihren Wehrbeitrag sofort vollständig zu zahlen. Es würde damit dem Auslande gezeigt, wie groß die Opferwilligkeit Deutschlands ist und wie fest auch seine geldliche Kriegsrüstung dasteht.“

Die Patrioten, die seinerzeit so begeistert dem Wehrbeitrag zustimmten, werden von dieser Verwendung der Gelder nicht sonderlich erbaut sein. Doch die Hauptsache für sie wird schließlich sein, daß der Moloch Militarismus Geld hat; später wird sich wieder Rat finden. Vermutlich hat auch der Berliner Oberbürgermeister Wermuth, der ehemalige Staatssekretär des Reichsschatzamt, den Wehrbeitrag im Auge gehabt, als er am Mittwoch mit Vertretern der Presse über den Ansturm zu den Berliner Sparkassen sprach und dabei den Ausspruch tat: „Deutschlands finanzielle Bereitschaft für den alleräußersten Fall steht über allem Zweifel!“

Bevormundung der deutschen Presse

ist, wie die „Berliner Politischen Nachrichten“ mitzuteilen wissen, bereits in Aussicht genommen für den Fall, daß die Bemühungen um die Lokalisierung des Konflikts zwischen Oesterreich und Serbien ergebnislos bleiben. Es solle dann ein amtliches Merkblatt für die Presse ausgegeben werden, „das die nach Lage der Dinge gebotenen Verhaltensmaßregeln bekannt gibt und insbesondere bei der Behandlung von Nachrichtenmaterial im Interesse der vaterländischen Sicherheit und mit Rücksicht auf die militärischen Operationen Vorzicht und Zurückhaltung anempfiehlt.“ Im übrigen würde allgemein mit einer Einschränkung des militärischen Nachrichtendienstes zu rechnen sein, die, wenigstens in der ersten Zeit, nach Beginn der Feindseligkeiten, einen entsprechenden Vorzicht auf Meldungen über die Vorgänge bei der Truppe von selbst bedingt.“

Konservativer Wahlprotest.

Gegen die Wahl des Abgeordneten Wagner in Labiau-Wehlau wird nach einer Meldung der „Kreuzzeitung“ von konservativer Seite Protest eingelegt werden.

Reaktionäre Pläne der Zentrumregierung in Bayern.

Trotz der gefährdrohenden Lage vergißt das Zentrum keinen Augenblick das Parteigeschäft. So hat das Ministerium Hertling soeben in letzter Stunde der Abgeordnetenkammer einen ebenso kurzen, wie skandalösen Gesekentwurf über die staatliche Verwaltung von Gemeindeämtern eingebracht, der zum Zwecke hat, jede Wahl von sozialdemokratischen Bürgermeistern oder Abgeordneten zu verhindern und zu diesem Zwecke die Selbstverwaltung und zugleich in der Wirkung auch den gesetzlich bestehenden Gemeinde-Wahlproporz aufzuheben. Der Entwurf bestimmt, daß bei Nichtzustandekommen von Bürgermeistern wählen oder bei Nichtbestätigung von Bürgermeistern oder Abgeordneten ein Staatskommissar mit der städtischen Verwaltung beauftragt werden soll.

Sturm in der bayerischen Kammer.

Eine wilde Szene entfaltete am Mittwoch in der bayerischen Abgeordnetenkammer das provokatorische Vorgehen des klerikalen Verkehrsministers v. Seidelin, den gegenwärtigen Augenblick für geeignet hielt, um seine Haß gegen die Sozialdemokraten und die Kritiker seiner beispiellosen Unfähigkeit auszufeieren. Bei der Behandlung des Eisenbahnetats behandelte Genosse K o s h a u p t in sachlicher Weise die Unterdrückungs- und Denunziantenpolitik gegen den süddeutschen Eisenbahnerverband. Ein häßlichem Griesen erwiderte Seidelin, er frage politisch Denkenden, ob wir in den jetzigen Zeitläuften Deutschland die Herrschaft über unser Personal und über unseren Betrieb und über den Streik und damit

unter Wohl und Wehe dem Willen der Herren Süßheim, Kofshaupter oder sonstiger führender Genossen überlassen wollen. Die Antwort aller großen deutschen Eisenbahnverwaltungen heißt entschieden: Niemals! Daher der Schmerz des Abg. Kofshaupter und seiner Freunde, deren Angriffe nicht meine Fußsohlen berühren.

Die Sozialdemokraten erwiderten die freche Beleidigung mit gebührenden Züchtigungen, Pfurufen u. dergl., und erregte charakterisierende Wendungen überlieferten das Bemühen des Vizepräsidenten Frank, den Minister vor den Wirkungen seiner Provokation zu schützen. Laut hallte durch den Saal der Zuruf: „Sie erliegen Unfähigkeit durch Unverschämtheit!“ — Als der Minister später die Behauptung aufstellte, der Eisenbahnerverband sei von Sozialdemokraten gegründet worden, weil ja Kofshaupter selber bei der Gründung beteiligt gewesen sei, rief Kofshaupter: „Sie sind ein Lügner!“ Jede Abwehr dieser Provokation durch die Sozialdemokraten suchte das Zentrum dadurch zu verhindern, daß es gegen die Stimmen der Linken Schluß der Debatte sofort beschloß. Darauf gab Gen. Süßheim zur Geschäftsordnung eine scharfe Erklärung ab, die schloß: „Ein Minister v. Seidlein kann uns Sozialdemokraten nicht beleidigen!“ Bei einem späteren Titel kam Genosse Endres nochmals auf den Zwischenfall zurück und protestierte gegen die ministeriellen Beschimpfungen des Volkes in seinen Vertretern. Das Zentrum würde solche Beschimpfungen mit einem parlamentarischen Streik beantwortet haben.

Frankreich.

Blutopfer der Kolonialpolitik. 79 Tote und über 100 Verwundete betragen die Verluste, die die Franzosen bei drei verschiedenen Gefechten in Marokko in diesen Tagen erlitten haben.

Balkan.

Veriaffen, verlassen bin i. Der Agentia Stefani wird aus Durazzo, 29. Juli, 10 Uhr vormittags, telegraphisch gemeldet: Heute vormittag begaben sich die Offiziere der holländischen Mission zum Fürsten, um ihm die Unmöglichkeit auseinanderzusetzen, ihr Mandat zu erfüllen. Der Fürst bezieht sich seine Entscheidung vor. Es geht das Gerücht, daß die holländischen Offiziere ihre Entlassungsgesuche der Kontrollkommission überreichen würden.

Amerika.

Gold im Ueberfluß. Beamte des Schatzamtes erklärten, daß gegenwärtig in den Gewölben der Bundesregierung Goldvorräte in Münzen und Barren im Werte von 1300 Millionen Dollar lagerten, außerdem 800 Millionen gemünztes Goldes im Umlauf seien. Schatzsekretär Mc. Adoo gab die Erklärung ab, daß die Unionstaaten niemals sich in einer besseren Lage befunden hätten, als jetzt, um Millionen an das Ausland abzugeben. Aus dem Grunde sei von den Goldausfuhren nach Europa nichts zu befürchten. Er meinte schließlich, daß es nicht lange dauern werde, bis das Gold zurückfließe. Dies sei schon der Fall, wenn das Ausland die Ausfuhr von Brotgetreide und andere Bedarfsartikel bezahlen müsse.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 30. Juli.

Wer waren die Hurraschreier in Travemünde?
Am Sonntagabend ist es nach den Berichten bürgerlicher Blätter in Travemünde bei Abfahrt der Torpedobootflottille zu begeisterten patriotischen Kundgebungen gekommen. Nun haben wir schon am Dienstag darauf hingewiesen, wer denn die Hurraschreier gewesen sind. Es war nicht das Volk, das im harten täglichen Ringen Werte auf Werte schafft und dadurch dem deutschen Vaterlande unschätzbare Dienste leistet. Das waren Leute, die von der Arbeit anderer leben, die selbst nicht einmal wissen, was arbeiten heißt. Das Volk der Arbeit, das allerdings nicht am Strande in Travemünde wohnt, hat mit den Hurraschreier nichts gemein, ja, es hat nicht einmal etwas von dieser „patriotischen Kundgebung“, die angeblich ganz Travemünde erfasst haben sollte, gemerkt. Wir geben nachliegend den Brief eines in der Lorstraße wohnenden Einwohners wieder, den dieser uns schreibt. Er lautet wörtlich:

„Sehr erlaucht habe ich heute morgen in bürgerlichen Zeitungen von patriotischen Kundgebungen bei der Abfahrt der Torpedobootflottille gelesen. Ich habe davon nichts gesehen. Allerdings war ich nicht im vornehmen Viertel, sondern hinter der Lorstraße. Dort sah ich am Nachmittag Männer und Frauen mit erstickten Gesichtern, weinende Mütter und Mädchen, die den Sohn und Geliebten abfahren sehen. Auch die Besatzung der Boote machten ernste Gesichter. Die Berichterstatter der Zeitungen müssen schon das Gekreische der Kinder, die sich dorthin warz räumern ließen, für patriotische Kundgebung genommen haben, denn bei der Abfahrt der Boote wie auch am Nachmittag habe ich nichts davon gehört. Was die Kurgäste angeht, weiß ich allerdings nicht. Die werktätige Bevölkerung Travemünder aber hat keine Kundgebung veranstaltet; die wünscht den Frieden.“

Wir haben diesem Briefe nichts hinzuzufügen. Die imponante Friedenskundgebung des Lübecker Proletariats wird, wie nicht anders zu erwarten, vom Amtsblatt unter den üblichen Beschimpfungen der Teilnehmer als „Nummerbezeichnung“, den man als recht harmlos ansehen und dem man gar kein Gewicht beilegen könne. Auf die Schimpfereien hinzugehen, ist überflüssig; es ist aller, schon häufig wiederholter Kohl. Wir wollen nun den Schmierereien des offiziellen Blattes über den Wert und Eindruck unserer Demonstrationen die Stimme eines Blattes entgegenstellen, das mehrfach von ihm gegen uns zitiert worden ist, nämlich das „Berl. Tagebl.“. Dasselbe schreibt über die Demonstrationen des Berliner Proletariats:

„Die arbeitende Bevölkerung Berlins hat gestern eine Kundgebung für den Frieden veranstaltet, die auf alle, die ihr ohne Voreingenommenheit bewohnten, einen starken Eindruck gemacht hat. Wir lieben die Straßenkundgebungen in Augenblicken internationaler Konflikte nicht sehr, aber wenn die jugendlichen Kriegsenthusiasten ihre Ansicht auf der Straße laut äußern dürfen, so dürfen schließlich auch diejenigen, die im Bilde der Friede mit Recht ein unschätzbares Glück sehen und sich eine klare Vorstellung von dem entsetzlichen Samen des Krieges machen, das gleiche tun. Die Polizei hat denn auch, vielleicht mit einigen Ausnahmen, die gewaltige Massenfundgebung nicht durch übertriebene Härte gestört, und die enorme Schar der Manifestanten konnte frei den Wunsch äußern, der nicht nur von ihnen, sondern fast von dem ganzen deutschen Volke geäußert wird: den dringenden Wunsch, den Frieden erhalten zu sehen. Allerdings, auch diese Kundgebung kann den Gang der Ereignisse nicht wesentlich beeinflussen und wir können nur wiederholen, daß in einem Augenblicke, wo man vor fertigen Tatsachen steht, eine ruhige Festigkeit wohl noch am besten zur Wahrung des bedrohten Friedens dienen kann. Aber das deutsche Volk, dem ein Krieg so viel Elend bringen müßte, darf von seiner Regierung und von allen, die in dieser schweren Stunde eine Verantwortung tragen, erwarten, daß bei aller Festigkeit doch kein irgend mögliches Mittel zur Abwendung der Gefahr ungenutzt gelassen wird — und wir hegen die absolute Überzeugung, daß die deutsche Regierung dieser ersten Pflicht in vollem Maße eingedenk ist.“

s. Ferienstrammer am 29. Juli. Des Diebstahls im Rückfall hatte sich die Ehefrau R. von hier zu verantworten. Die schon mehrfach wegen Diebstahls und anderer Vergehen vorbestrafte Frau begab sich am 17. Juli d. J. in einen Laden, um ein Paar Turnschuhe zu erstehen. Da die Gelegenheit günstig schien, so ließ sie ein Paar solcher Schuhe zwischen die in einem Korb mitgebrachten Wäschestücke verschwinden und verließ das Geschäft, anscheinend ohne etwas gekauft zu haben, in Wirklichkeit aber mit den gestohlenen Schuhen. Den Gipfel der Unverschämtheit erklimmte die Angeklagte aber dadurch, daß sie am andern Tage in demselben Geschäft erschien und die gestohlenen Schuhe umtauschen wollte, da diese nicht paßten. Nun wurde der Diebstahl entdeckt und die Sache zur Anzeige gebracht. Die Angeklagte bittet inständig um milde Strafe. Nur die große Not — sie ist Mutter von sechs Kindern — habe sie zu dieser Tat veranlaßt. Der Staatsanwalt beantragt vier Monate Gefängnis. Das Gericht läßt nach einmal Milde walten und erkennt auf drei Monate, obwohl, wie der Vorsitzende bemerkt, sogar auf Zuchthausstrafe hätte erkannt werden können, da die Angeklagte schon das drittmal wegen Diebstahls abgeurteilt werde. — **Betrüger oder Geisteskranker?** Unter der Anklage, sich rechtswidrig einen Vermögensvorteil verschafft zu haben, indem er die im Mecklenburger wohnende Frau W. und deren Tochter um 1550 Mark schädigte, wird der seit Februar dieses Jahres in Untersuchungshaft befindliche „Buchdruckermeister“ R. vorgeführt. Der Angeklagte hat, wie seine Personalien ergaben, ein wechselreiches Leben hinter sich. Als Redakteur, Druckerbetreiber, Arbeiter, Akquisiteur, Reporter ist er in mancherlei Städten und Städten tätig gewesen und kam im November vorigen Jahres unter dem falschen Namen Wacker auch nach Lübeck, wo er in einer Buchbinderei als Geschäftsführer in Stellung trat. Nach seiner Angabe ist er als Buchbinder ebenso tüchtig denn als Buchdrucker. Den Reiz der Arbeit suchte er dadurch zu erhöhen, daß er unheimliche Mengen Alkohol zu sich nahm, deren Wirkung er noch durch starke Morphium-Einspritzungen erhöhte. Unter diesen Umständen muß man dem Manne glauben, daß er seit langer Zeit stets „im Trane“ war. Hier in Lübeck handelte er mit dem Fräulein W. an, das durch Annonce einen Lebensgefährten suchte. Der Bekanntheit folgte schnell die Verlobung und da die Hochzeit baldigt folgen sollte, so erlangte er die ersten 700 Mark zur Anschaffung von Möbeln. Der Braut waren von der Mutter zweitausend Mark zur Aussteuer zur Verfügung gestellt. Die Möbel hat niemand zu sehen bekommen und als der Angeklagte seine Tätigkeit von hier nach Burgdorf verlegte, erzählte er der Braut, daß die Möbel bei einem Lübecker Spediteur untergebracht seien. Die Maid glaubte ihm dies aufs Wort. Dann erhielt er weitere 600 Mark ausgehändigt, da er nach seiner Angabe in Schlutup eine Druckerei gepachtet habe, an welchem Orte er auch eine Zeitung herauszugeben gedächte. Da die Braut und deren Mutter auf baldige Ehe drängten, was nach seinen an Gerichtsstelle verlesenen Briefen auch sein Wunsch war, er aber unter falschem Namen hier nicht heiraten konnte, so berichtigte er der Braut, daß ihm das Lübecker Standesamt zu viel Scherereien mache und es für sie beide wohl das Beste sein würde, sich in London trauen zu lassen. Zu dieser „Hochzeitsreise“ händigte ihm die zukünftige Schwiegermutter persönlich 250 Mark ein, so daß im ganzen 1550 Mark für die Ehe aufgewendet wurden. Sechs Wochen dauerte die Hin- und Herreise über Hamburg, Köln, Ostende, Dover nach London und zurück. Eine eheliche Verbindung hat aber trotz der Reise nach England dort nicht stattgefunden. Gleich nach seiner Ankunft in Lübeck wurde R. verhaftet, da die Mutter inzwischen Nachforschungen anstellen ließ, die ihr die Augen über den „Schwiegerjohn“ öffneten. Die als Zeugen vernommenen Buchdruckerbetreiber S. und N. aus Schlutup stellten es entgegen in Abrede, niemals an eine Verpachtung ihrer Druckereien an den Angeklagten gedacht zu haben, hatten es auch abgelehnt, die von dem Angeklagten beabsichtigte Herausgabe der Zeitung in Druck zu nehmen, da ein solches Unternehmen ja völlig aussichtslos sei. Die Aussagen der übrigen Zeugen bestätigten die dem R. zur Last gelegten Tatsachen. Der medizinische Sachverständige, der auch nach als Zeuge vereidigt wurde, hat den Angeklagten längere Zeit in der Irrenanstalt zu Neustadt beobachtet. Er sagte sein Gutachten dahin zusammen, daß der Angeklagte stark nervös ist, zeitweise Verfolgungswahn bei ihm eintrete, an Morphium- und Alkohol suchte er und außerdem durch schwere Operationen degeneriert sei, speziell die moralische Seite sei bei R. verkümmert. Trotzdem könne der § 51 St. G. B. für ihn nicht in Betracht kommen, da der Angeklagte sich keiner Handlungen wohl bewußt gemessen sei; mildernde Umstände müßten ihm aber zugestanden werden. Der Erste Staatsanwalt Dr. Benda führte die einzelnen strafbaren Handlungen des Angeklagten der Reihe nach an, dabei die Raffinerie, mit der R. zu Werke gegangen, nachweisend, und kam zu dem Schluß, daß von einem Dämmerzustande oder Einschränkung des freien Willens bei ihm nicht die Rede sein könne. Immerhin wolle er in Hinblick auf die Alkohol- und Morphiumsucht des Angeklagten und die fabelhafte Leichtgläubigkeit der beiden Frauen nur zwei Jahre Gefängnis beantragen. Der Verteidiger Dr. Bienert hob in seinem Plädoyer hervor, daß der Angeklagte psychopathisch befaßt sei, der Vater und ein Bruder seien durch den Alkohol vollkommen degeneriert, ein weiteres Familienmitglied gefährdet. Eine Reihe von Gutachten ärztlicher Sachverständiger, von denen ein Teil zur Verlesung kam, unterstützten seine Ansicht. Er beantragte den R. zwecks erneuter Untersuchung seines Geisteszustandes einer anderen Irrenanstalt zu überweisen. Das Gericht lehnte nach kurzer Beratung diesen Antrag ab, worauf der Verteidiger für seinen Klienten Freipredigung beantragte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen fort-

gesetzten Betruges zu einem Jahre Gefängnis und in die Kosten des Verfahrens. Auf Grund des Gutachtens des an Gerichtsstelle vernommenen Sachverständigen kam der § 51 nicht in Anwendung.

Wegen Straßenbauarbeiten wird die Strecke der Katharinenstraße von der Marienstraße bis zum Schlachthof vom Donnerstag, den 30. Juli d. J. ab bis auf weiteres für den Fußverkehrsverkehr gesperrt sein.

Stadthallen-Sommertheater. Man schreibt uns: Mit mehrmals angezeigt, findet Freitag die Erstaufführung des Lustspielnovitäten „Die heitere Reife“ von Georg Engel statt. Das Stück ist voller Humor und hat sich überall als der gleiche Schläger erwiesen. Für Sonnabend ist Jean Gilberts Operettenschlager, der am letzten Sonntag wiederum einen stürmischen Erfolg zu verzeichnen hatte, nochmals auf den Spielplan gesetzt. Sonntag wird die Operettennovität „Wenn Männer schwindeln ...!“ die am Mittwoch vor ausverkauftem Hause einen ausgeprochenen Meißenerfolg erzielte, wiederholt. Das Publikum spendete stürmischen Beifall und wurden die einzelnen Schläger verschiedentlich wiederholt verlangt.

Haus-Theater. Auf den lustigen Schwanz heute Abend „Auktionsprofessor“ sei nochmals aufmerksam gemacht. Freitag wird „Puppchen“ wiederholt, welches bei der ersten Aufführung stürmischen Erfolg hatte, sodas alle bekannten Schläger wiederholt werden müssen. Die bewährte Woffe „Lumpaci Bagabundus“ oder das liberale Kleebblatt wird in der Neuestudierung sicherlich großes Interesse hervorgerufen. Der Schläger „Jugbaron“ mit seinen entzückenden Melodien wird Sonntag seine Anziehungskraft wieder bewähren.

Öffentliche Trinksprüche Lübeck, Parade 1 (Schloß Rankau). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 31. Juli, abends 6 bis 7 Uhr.

Hamburg. Schließung der Fondsbörse für den Terminhandel in Hamburg. Der wilde Kriegslärm, der vor allem von der liberalen Chauvinistenpresse und den altdeutschen Junglingen verübt wird, hat bekanntlich auf dem deutschen Geldmarkt schon die allerübelsten Folgen gehabt. Nicht nur sind alle Wertpapiere, Aktien wie Staatspapiere, in schlimmer Weise im Kurs gesunken und Tausende und Abertausende haben dadurch einen Teil ihres Vermögens verloren, sondern ein wilder Ansturm der Sparer auf Banken und Sparkassen hat auch in diesen Instituten zum Teil bedenkliche Zustände geschaffen. Kein Wunder, daß jetzt auch die struppellose Börsenspekulation die Verzweiflung auszunutzen und bei Termingeschäften zu reizen suchen. Um dem einigermaßen vorzubeugen, hat der Vorstand der Hamburger Fondsbörse neben einer Reihe anderer Maßnahmen heute beschlossen, den Terminhandel bis auf weiteres einzustellen. Auch der Privatverkehr an der Abendbörse soll bis auf weiteres eingestellt werden. Mehrstündig meldet Wolffs Bureau von Berlin und Frankfurt am Main.

Hamburg. Für den Frieden. In 19 überaus stark besuchten Versammlungen protestierte das Proletariat von Hamburg-Altona Dienstagabend gegen das provokatorische Vorgehen der Regierung Oesterreichs und gegen die Kriegstreiber der deutschen Nationalisten. Seit Sonnabend hatten sich alltäglich vor den Vergnügungsorten der inneren Stadt und vor dem österröschischen Generalkonsulat müde Kadavere des hurrapatriotischen Pöbels abgepielt. Serben waren verprügelt, einem Hamburger Bürger, der die Kadavere neben seiner Wohnung mit Wasser bespritzte, die Fenster eingeworfen worden. Diese Käuereien einer Handvoll teils begahlter, teils freiwilliger Kriegsenthusiasten, die von der bürgerlichen Presse als Kundgebungen patriotischer Begeisterung verherrlicht worden sind, setzten die Massenaktion des Proletariats einen wichtigen Dämpfer auf. Von den anrückenden Arbeiterbataillonen vertrieben sich die patriotischen Schreier, die vorher noch mit Fähnchen und Gesang durch die Straßen gezogen waren. Besonders eindrucksvoll verliefen die Versammlungen im Gewerkschaftshaus und im Englischen Garten zu Altona. Nur vor Sagebiets großem Saal kam es durch nationalistische Handlungsgeschillen zu störenden Austritten.

Schleswig. Gegen den neuen Kollerkurs in Schleswig. Die Ausweisung dänischer Dienstboten aus Schleswig-Holstein macht sich zu tenem fühlbaren Uebel, so daß jetzt weite Kreise gegen diese neueste Dänenpolitik Front machen. Dieser Tage hat sich eine Deputation nach Schleswig zur Regierung begeben, um eine Aenderung dieser Politik herbeizuführen. Mit besonderem Nachdruck wendet sich jetzt auch der Deutsche Friedensverein gegen den jetzt eingeleiteten neuen Kurs. — Wir glauben nicht, daß sich die verantwortlichen Stellen von ihrem volksfeindlichen Standpunkt abbringen lassen werden.

Bremen. Gegen den Krieg demonstrieren die Arbeiter am Dienstag in sieben überfüllten Versammlungen, an denen etwa 10 000 Männer und Frauen teilnahmen. Nach der Versammlung strömten aus einigen Lokalen die Massen geschossen nach der inneren Stadt, wo sie von einem starken Polizeiaufgebot empfangen wurden, das auf sie einschlug. Dieselbe Polizei hatte die provokatorischen Demonstrationen chauvinistischer Elemente ungehindert vor sich gehen lassen.

Letzte Nachrichten.

Sofortige Einberufung des Internationalen Sozialistenkongresses.

Brüssel, 29. Juli. Das Internationale Bureau hat einstimmig beschlossen, den Kongress nicht zu verzagen, sondern ihn im Gegenteile auf den Vorschlag der deutschen Delegierten und unter lebhafter Zustimmung der französischen Delegierten schon am 9. August in Paris stattfinden zu lassen. Als erster Punkt der Tagesordnung ist „Krieg und Proletariat“ angesetzt.

Belgrad eingenommen.

Budapest, 30. Juli. Belgrad ist heute von den Oesterreichern eingenommen worden. Die Bevölkerung war bis auf 30-40000 Mann geflüchtet. Der Bürgermeister empfahl dem Befehlshaber, Leben und Vermögen der Einwohner zu schützen. Das wurde versprochen. Bis heute mittag waren alle wichtigen Punkte der Stadt besetzt. Die Stadt wurde unter die Kriegsgeißel Oesterreich-Ungarns gestellt.

Russische Truppenzusammenziehung an der deutschen Grenze?

Berlin, 30. Juli. Nach einer Meldung der Telegraphen-Union ist die Eisenbahnbrücke bei Wirballen durch russisches Militär mit Minen belegt. In der Umgegend von Wirballen sollen jetzt 60 000 Mann Militär liegen. Auch für den russischen Militärbezirk Sibau soll die Mobilmachung angeordnet worden sein.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Steilling.
Verleger: J. Schwardt, Rud. Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Kinder-Nahrung
Kufeke
 Tausendfach bewährte Nahrung bei:
 Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.
 (5835)



3352

Komitee- und Kommissionsitzungen

Gewerkschaftsfest.

Heute Donnerstag abends 8 3/4 Uhr, Komitee-Sitzung im „Gewerkschaftshaus“.

Am 28. Juli entschlief plötzlich durch Unglücksfall mein lieber Mann und meiner Kinder treuerfrender Vater (5835)
Heinrich Miedecke.
 In tiefer Trauer
Minna Miedecke,
 geb. Plehn.
 Die Trauerfeier findet am Freitag, nachmittags 1 1/4 Uhr, in der Borwerker Friedhofskapelle statt.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Am 29. Juli starb unser Genosse
Heinrich Miedecke.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, dem 31. Juli, nachmittags 1 1/4 Uhr, auf dem Borwerker Friedhof statt.
 Die Genossen versammeln sich um 1 1/4 Uhr im „Weißen Hirsch“ (5840)
 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verein
 Verwaltungsstelle Lübeck.

Am Mittwoch, dem 29. Juli, starb unser Mitglied, der Schmied
Johann Westfahl
 im 30. Lebensjahre.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 1. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des Borwerker Friedhofes aus statt.
 Die Mitglieder versammeln sich um 3 Uhr beim „Weißen Hirsch“.
 Um rege Beteiligung ersucht (5845)
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiterverband
 Ortsverwaltung Lübeck.

Nachruf.
 Hierdurch die Mitteilung, das unser Kollege, der Schauermeister
Heinrich Miedecke
 im Alter von 29 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Der Vorstand.
 NB. Die Beerdigung findet am Freitag, dem 31. Juli 1914, nachmittags 1 1/4 Uhr, von der Kapelle auf dem Friedhof in Borwert statt. Versammlung des Gefolges um 12 1/4 Uhr im „Weißen Hirsch“.
 Um rege Beteiligung ersucht
 D. D.

Mein
Saison-Ausverkauf

beginnt am **Freitag, dem 31. Juli**
 und dauert **14 Tage.** 5846

Was Preiswürdigkeit anbelangt, so stellt es alles bisher Dagewesene weit in den Schatten.

Nachfolgend einige Beispiele der Ersparnis:

Gardinen-Reste	Stück von 50 ^g an, 1 1/2—12 Meter	
Schürzendruck-Reste extra breit	Stück 78 ^g	
Musseline-Zephir Reste 6—1 1/2 Meter	von 35 ^g an	
Hemdentuch-Reste kleinere	Stück 50 ^g 30 ^g	
Stickerei, Borten und Spitzen Reste	95 ^g 48 ^g 18 ^g 10 ^g	
Strohüte für Herren und Knaben	Größe 55—58 25 ^g 10 ^g	
Herren-Strohüte	sonst 1.50—4.00, jetzt 95 ^g	
Kinder-Mützen	sonst 60—100 ^g , jetzt 25 ^g 10 ^g	
Damen-Hemden, -Hosen und -Jacken	Stück 95 ^g	
Damen-Hemden angestäubt	Stück 1.68	
Frauen-Hemden grobfädig	Stück 1.48	
Nachthemden für Herren und Damen	statt 3.00—8.00, jetzt 3.95 2.95 1.95	
Bettbezüge gebümt	Stück 2.95	
Barchend-Betttücher	jetzt 1.95 95 ^g	
Betttücher 140/220	jetzt 2.25 1.78	
Blaue Mannsschürzen	jetzt 48 ^g	
Handtücher	40 ^g 30 ^g	
Stäubtücher	Stück 8 ^g	
Wischtücher	30 ^g 25 ^g	
Kissenbezüge	Stück 95 ^g	
Oberhemden	sonst bis 4.45 jetzt 2.95 ^M 1.95 ^M	
Russenkittel	jetzt 1.28 ^M 98 ^g 78 ^g 68 ^g	
Kinderschürzen	Größe 45—70 cm Stück 78 ^g	
„	Größe 45—90 cm Stück 95 ^g	
Weißer Kinderschürzen	Größe 45—80 cm Stück 95 ^g	
Blaudruck-Schürzen	Stück jetzt 95 ^g	
Ein Posten Waschblusen	Stück jetzt 95 ^g	
Ein Posten weiße Blusen-Schürzen	jetzt 1.18 ^M 88 ^g	
Blusenschürzen farbig	jetzt 95 ^g 88 ^g 68 ^g	
„	jetzt 1.88 ^M 1.68 ^M 1.38 ^M	
Farbige Tändelschürzen mit Träger	1.25 ^M 95 ^g 78 ^g 58 ^g	
Weißer	Stück 95 ^g 78 ^g	
Tändelschürzen ohne Träger	Stück 18 ^g	

Schuhwaren

Ein Posten schw. Niedertreter leicht defekt ..	Größe 36—46 sonst 3.00, jetzt Paar 1.25
Ein Posten Hausschuhe für Herren und Damen	Paar 95 ^g
Ein Posten Hausschuhe mit Knöpfen	Paar 1.25
Ein Posten Damen-Schuhe Lackkappe, Derby	Paar 4.35
Ein Posten Damen-Stiefel	Paar 7.95 6.95 5.95 4.95
Ein Posten Herren-Stiefel	Paar 8.95 7.95 6.95 6.50
Ein Posten Sandalen	Größe 21—23 24—26 27—30 31—35 36—42 1.25 1.58 1.78 1.98 2.25
Ein Posten braune Chevreau-Stiefel	Größe 18—22 23—26 1.75 1.95

Ein großer Posten **Kinder-Stiefel**
 auch Randgen., für und unter die Hälfte des Wertes, Gr. 21—26, Wert 3.00—6.50, jetzt 1.50—2.95

Ein Posten schwarzes feines Wollgarn	statt 75 ^g Lage 55 ^g
Ein Posten graues und braunes Wollgarn	Lage 45 ^g

Johannes Holst
 Lübeck
 Kohlmarkt 6. Markt 6.

Saison-Ausverkauf.

Ein Posten zurückgesetzte Damenstiefel in braun und schwarz
 statt 8.50—11.75, jetzt 5—7.75
 moderne Damenschuhe (Chevreau) braun
 statt 8.75 jetzt 6.75
 moderne Damenschuhe, schwarz
 statt 8.75 jetzt 5.50—6.75
 Große Auswahl in Herren-, Damen- und Kindersachen billig.

Heinrich Beckmann
 5845 Meißerstraße 3.

Käse-Lager

Schlumacherstraße 12.
 Detail-Verkauf auf der Diele.
 Große Posten } per Bünd
 Schweizer u. } 50—60 Pfg.
 Mahlkäse }
 Sehr fetten echten Limburger Käse
 per Bünd 30 Pfg.
 Tilsiter Fettkäse Bld. 30—60 Pfg.
 Bruchkäse sehr billig. (5858)

Achtung!
Gewerkschaften Schlutup

Abmarsch zum Gewerkschaftsfest am Sonntag, d. 2. August, mittags 1 1/3 Uhr präzis vom Vereinslokal (5851) Der Zugführer.

Freie Jugend Lübecks.

Freitag, den 31. Juli, findet im Jugendheim für alle, die sich an der Führung unserer Gäste zum Jugenbtag am 9. August beteiligen wollen, ein Vortag statt:
„Eine Führung durch Lübeck“.
 Referent: Dr. Schlömer.

Sonntag, den 2. August:
Ausflug nach Israelsdorf.
 Treffen 1 Uhr Burgtorbrücke.
 5852) Der Jugendausflug.

Arb.-Radf.-Bund „Solidarität“
 Ortsgruppe Seeretz.

Stiftungsfest
 bestehend in Korsofahrt, Preisschießen, Kegeln und Ball
 am Sonntag, dem 2. August 1914 im Lokale des Herrn E. Cordts. Anfang des Schießens und Kegeln 2 Uhr.
 Korsofahrt 4 Uhr. Ballanf. 6 Uhr. Eintritt 1.00 Mk., eine Dame frei.
 Hierzu ladet freundlichst ein (5839) Der Vorstand.

Stadthallen-Sommertheater.

Donnerstag, den 30. Juli:
Eine unmögliche Frau.
 Schauspiel von Leo Lenz.
 Freitag, den 31. Juli:
 Novität! Novität!
Die heitere Residenz.
 Lustspiel von Georg Engel.
 Sonnabend, den 1. August:
Die keusche Susanna.
 Operette von Jean Gilbert.
 Anfang abendlich 8 1/4 Uhr. (5897)

Hansa-Theater

Direktion Ernst Albert.
 Heute Donnerstag, den 30. Juli:
Der Austauschprofessor.
 Freitag, den 31. Juli:
Puppchen.
 Wurde bei der Neueinstudierung wieder mit Jubel begrüßt.
 Sonnabend, den 1. August:
Lumpaci vagabundus
 Das liebevolle Kleebrett.
 Sonntag, den 2. August:
Der Schlager der Saison.
Der Juxbaron.
 Anfang stets 8 1/4 Uhr.

Kriegsstimmung in Berlin?

In den nächsten Tagen werden die illustrierten Zeitungen und die Kinos im ganzen Deutschen Reich Bilder bringen, die den Beschauern suggerieren sollen: die Berliner Bevölkerung wäre geradezu von einem kriegerischen Taumel befallen. Das Berliner und das gesamte deutsche Proletariat wird in den nächsten Tagen ein gewaltiges Wort gegen den Wahnsinn und das Verbrechen eines europäischen Krieges sprechen. Abgesehen davon muß festgestellt werden, daß in dem gesamten Bürgertum von Berlin alles andere herrscht, als auch nur die geringste Kriegsstimmung.

Wohl bevölkerte am vergangenen Sonntag eine Anzahl von Menschen aus bürgerlichen Kreisen — Arbeiter waren nur ganz vereinzelt darunter vertreten — die „Linden“. Aber diese Menschen enthielten sich jeder Demonstrationen. Sie lasen und besprachen die herausgegebenen Extrablätter und promenierte die „Linden“ auf und ab, durch die Friedrichstraße meist in sehr ernster, vielfach in sehr bedrückter Stimmung.

Die „patriotischen Kundgebungen“, von denen die bürgerlichen Blätter reden, die Bilder, wie sie in den illustrierten Zeitungen und den Kinos gebracht werden sollen — alles das war Mache und, es muß hinzugefügt werden, von der Polizei begünstigte Mache.

Der Zug, der nach dem Aufziehen der Wache hurra-schreiend und patriotische Lieder singend über die „Linden“ nach der österreichischen Botschaft rannte, dort den Botschafter anbotete, der „tiefebewegt“ dankte, bestand in seiner Gesamtheit aus jungen und unreifen Burschen, durchsetzt mit einem gewissen Prozentsatz von Zuhältern und ähnlichem Gesindel. Kein einziger älterer Mann war darunter, nicht einmal ein Student. Soldaten, die zahlreich auf den Straßen waren, wandten sich, ironisch lächelnd, von diesen „Demonstranten“ ab; Polizisten und Offiziere ließen sich von diesen unreifen Burschen an-hängen! Die Berliner Polizei öffnete diesem Zug die Bahn und achtete darauf, daß Krioperateure und Pho-tographen Aufnahmen davon machen konnten. Auf welchen Anordnung und zu welchem Zwecke hat die Ber-liner Polizei so gehandelt? Vor der österreichischen Bot-schaft besprach der Führer dieses Zuges, ein großer, schwarzhaariger Mensch, dessen Gesichtszüge absolut nicht den Typus eines Deutschen trugen — sich mit einem Po-lizeioffizier und lenkte dann den Zug um das Gebäude des Generalstabs herum wieder den Linden zu. An der Wilhelmstraße sperrten herrliche Polizisten die „Lin-den“ ab. Die Demonstranten hochten sie an, und warfen ihnen die „Monnegans“ an die Köpfe und siehe da — die Bahn ward wieder frei. Der Zug konnte die „Lin-den“ hinab zum Schlosse zu ziehen.

Vor dem Hotel Bristol standen Fremde und, es schien so, als schämten sie sich für das deutsche Volk. Ein Fremder fragte: „Ist das das deutsche Volk?“ Und ein älterer Mann, der vorbeiging, antwortete ihm: „Nein, das sind deutsche Lausjüngens!“ Worauf der Fremde erleichtert erwiderte: „Sie bestätigen meine Auffassung. Aber warum erlaubt das die Polizei?“

Am Nachmittag wurden, als das Gedränge unter den „Linden“ am stärksten war, unter polizeilichem Schutz Krioperateure gemacht. Die Menge, an der der Krioperateur vorbeiführte, winkte mit Hüten und Händen dem Operateur zu. So entstanden die Filme, welche in den nächsten Tagen unter dem Titel „Patriotische Begeisterung“, „Kriegsstimmung“ in Ber-lin“ dem deutschen Volke gezeigt werden. — Am Abend

zog die „Linden“ herunter wieder vor die österreichische Botschaft vorm Brandenburger Tor eine Schaar Jun-gens und Jugendliche von 10 bis 18 Jahren — nationale Jugend. Der Führer dieser Kinder war ein kleiner, wasserhöpfiger Bursche; die Haare waren ihm halb in die Stirne gekämmt; seinen Bauch bedeckte eine breite Uhrfette aus Nidel mit allen möglichen Anhängseln. Dieser Bursche leitete die Hochs und die Gesänge; er führte den Zug vor die Botschaft und ließ ihn zum Hurra-schreien dort Halt machen. Und wieder bahnte die Po-lizei auch diesem Burschen und seinem Zug den Weg, hielt ihm das Fuhrwerk fern, die Omnibusse und die Straßenbahnen. Unter solcher Führung demonstrierte am Sonntag die Berliner nationale Jugend für den Krieg! — Wir haben es herrlich weit gebracht in Deutschland: Unreife Buben können unter dem Schutze der Berliner Polizei den Versuch machen, ein großes Volk in den Krieg zu hegen! — Das Volk — die Arbeit-er selbstverständlich, aber auch das gesamte reife Bür-gertum — steht diesem Treiben völlig fern und hat für diese „Demonstrationen“ und ihre geheimen Macher nur ein Pfut übrig.

Die Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs

fand am Sonnabend und Sonntag in Eßlingen unter dem Vorsitz des Genossen Fischer-Stuttgart statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde auf Antrag der Genossin Zet-kin in folgende Kundgebung gegen die Kriegsgefahr einstim-mig angenommen:

„Die gegenwärtig drohende Kriegsgefahr kann jederzeit in das grauenvollste Völkermorden verwandelt werden. Ange-sichts dieser ersten Lage erinnert die Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs die werktätigen Massen daran, daß die Bestehenden und Herrschenden — insofern sie nicht unmittelbar oder mittelbar Kriegsinteressen und Kriegsbegehr sind — sich zum mindesten als ohnmächtig er-weisen, den Frieden und die Wohlfahrt der Völker zu wä-hren. Sie mahnt diese Massen daran, daß die kraftvolle und rücksichtslose Betätigung ihres Brüderlichkeitsgefühls mit den Ausgebeuteten aller Länder und ihres unerschütterlichen Friedenswillens die einzige sichere Bürgschaft dafür ist, daß die frivole Hege krieglüsterner Mägen und Schichten keinen Weltbrand entzündet.

Die Vertreter der Sozialdemokraten Württembergs ge-loben, die Massen auf dem Boden des revolutionären Klas-senkampfes zu sammeln und zu schulen, damit sie bereit seien, opferfreudig ihre volle wirtschaftliche und politische Macht zur Aufrechterhaltung des Friedens einzusetzen. Sie begrüßen das heldenhafte revolutionäre Proletariat Rußlands, das aufs neue im Kampf für das wirtschaftliche und politische Recht der Ausgebeuteten die Waffe des Massenstreiks erprobt. Sie begrüßen es als einen starken Hort des Friedens in die-ser verhängnisvollen Zeit. Zudem das russische Proleta-riat durch den Massenstreik den Faschismus, einen der ge-wissenlosesten Kriegstreiber, lähmt, beweist es durch die Tat, welche starke Macht eine kühne, opferbereite Arbeiterklasse in den Kampf für Freiheit und Frieden einzusetzen vermag.“

Die von den Vertretern der Parteinstanzen erstatteten Berichte gaben zu größeren Debatten keinen Anlaß. Eine Re-solution, die vom Parteitag in Würzburg erwartet, daß er auf eine im Verein mit den Gewerkschaften vorzubereitende wirksame Kundgebung am 1. Mai hinarbeitet, wurde mit Mehrheit angenommen. Die Debatte eröffnete sich u. a. auf eine Beschwärde, die von Stuttgarter Genossen beim Landes-vorstand gegen Mitglieder der Stuttgarter Parteileitung ein-gereicht wurde, und zu deren Erledigung der Landesvor-stand die Einsetzung einer unparteiischen Untersuchungskom-mission beschlossen hat. Zwei während der Debatte einge-

brachte Resolutionen wurden zurückgezogen, nachdem eine Verständigung zwischen dem Landesvorstand, dem Kreisvor-stand und dem Stuttgarter Ortsvereinsvorstand über die Durchführung der Untersuchung in Aussicht gestellt wurde.

Eine heftige Debatte riefen die Anträge hervor, die sich mit dem Wahlrecht zur Landesversammlung befaßten. Ein Teil der Redner erklärte sich mit Rücksicht auf den Zusam-menhang der kleinen Mitgliedschaften mit der Landesver-sammlung gegen eine Aenderung. Andere Redner traten teils für den Antrag Göppingen ein, der die Kreisorganisa-tion zur Grundlage der Delegiertenwahl machen und die Kreise in gleich große Bezirke einteilen will, teils für den Eventualantrag des Landesvorstandes, der die Wahlen in den Oberamtsbezirken vorzunehmen vorschlägt. Der Ver-treter des Parteivorstandes, Gen. Müller, hielt keinen der Anträge geeignet zur Annahme, empfahl aber, eine ernste Prüfung der Frage, ob und wie eine Aenderung erfolgen kann. Das Ergebnis war der nahezu einstimmig gefaßte Beschluß, die Frage, ob eine Aenderung vorgenommen und ob bejahendfalls die Oberämter oder die Reichstagswahl-kreise als Grundlage der Wahl dienen sollen, einer Nach-stimmung der Genossen des Landes vorzubereiten. Ent-scheidet sich eine Mehrheit für eine Aenderung, so soll die nächste ordentliche Landesversammlung über das Wahl-system Beschluß fassen.

Zu Beginn der Sonntagsitzung lag die Nachricht vom Ausbruch des Krieges zwischen Oesterreich und Serbien vor. Zu diesem neuen Ereignis nahm die Landesversammlung so-fort durch eine von der Genossin Zetkin unter stürmlichem Beifall begründete Resolution Stellung, die einmütig ange-nommen wurde.

Ueber die Reichspolitik referierte Genosse Hil-denbrand, der eingangs die Kriegsgefahr, die Kriegsbegehr und die Aufgaben des arbeitenden Volkes in dieser Situa-tion scharf beleuchtete. In den weiteren Ausführungen rückte er die Annahmen des Militarismus und die rücksichtslose Macht- und Interessenpolitik der Konserverativen in den Vor-dergrund.

Ueber die Landespolitik erstattete Gen. Dr. Lin-demann ein umfassendes Referat, das den reaktionären Zug der württembergischen Regierungspolitik mit den letzten Wahlen im Zusammenhang brachte und die arbeitserfndliche Haltung der bürgerlichen Parteien scharf beleuchtete. — Nach kurzer Debatte wurde die folgende vom Landesvorstand vor-gelegene und vom Gen. Keil begründete Resolution ein-stimmig angenommen:

„In Erwägung, daß die Mächte der Reaktion mit er-höhten Anstrengungen auf die Niederwerfung der Massenbe-wegten Arbeiterbewegung hinarbeiten, daß sie insbesondere den geschwähigen Kampf der Arbeiter um eine bessere Le-benshaltung durch geschwähige Hemmungen der gewerkschaftlichen Tätigkeit zu unterbinden suchen, daß sie die Or-gane der Rechtspflege zur Verfolgung der dem Völkertre-den dienenden Gesinnungen und zur Verherrlichung des auf die Unterdrückung des eigenen Volkes abzielenden barbar-ischen militaristischen Geistes mißbrauchen, daß sie der Er-ziehung der Arbeiterjugend zu einer freien, proletarischen Lebens- und Weltanschauung mit den Mitteln polizeilicher Gewalttätigkeit in den Weg treten, fordert die Landesver-sammlung die Arbeiter und Arbeiterinnen Württembergs auf, alle Kräfte einzusetzen, um die Feinde des arbeitenden Volkes, die die Sonderinteressen einer kleinen Minderheit den Lebensbedürfnissen der schaffenden Volksmassen über-orden, in die Schranken zu weisen.

Die Landesversammlung legt zugleich Verwahrung ein-gegen das terroristische Gebaren der Hefepresse, die die geleh-nmäßige Bekundung republikanischer Ueberzeugung zu einer Entrechtung und Anebelung der Sozialdemokratie auszuschließen sucht.

Gegen den verschärften reaktionären Zug in der Politik der württembergischen Regierung, insbesondere gegen die Ablehnung der dringendsten sozialpolitischen Forderungen und die Vergewaltigung der Arbeiterjugendbewegung erhebt die Landesversammlung entschieden Protest. Die Erste Kam-mer hat sich in der letzten Tagung im höchstem Grade als ein-

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schalkfer.

(Fortsetzung) **Nachdruck verboten.**

„Sagen Sie das nicht“, kam es gedehnt vom Kaufmann. Wenn ich den Buchhalter recht verstanden habe, wird die Reise durchaus nicht kurz sein.“

Asmussen kam aus dem Hof ins Zimmer hinein. Er sah sehr angegriffen aus, er ging aber schon durch Haus und Hof. „Was ist geschehen?“ fragte er, als er Dagmar am Fenster sah. Er sprach sehr leise. Die Krankheit hatte ihn mitgenommen. Auch war die Schwere durch die In-Fluensa erheblich schlimmer geworden; er hatte sich einen sonderbaren schmerzhaften Ton angewöhnt.

Dagmar blieb in ihrer Stellung am Fenster; siekehrte ihm den Rücken zu und antwortete nicht.

Asmussen sendete dem Kaufmann einen fragenden Blick zu.

„Es ist im Grunde nichts geschehen, Herr Asmussen, aber ich bin eben zur Bahn gegangen; er reist nach Norwegen.“

Asmussen sah ratlos aus; er hatte keine Silbe verstan-den. Der Kaufmann war über den gewöhnlichen Ton nicht hinausgegangen.

„Was... was... was?“ sagte er unsicher; es war ihm unangenehm, daß er noch einmal fragen mußte.

Dagmar sprang mit einem lächelnden Satz vom Fenster weg.

„Arel ist nach Norwegen gereist!“ schrie sie ihm mit hei-ßerer Wut ins Gesicht. „Hast Du es nun endlich begriffen?“

Sie raute ihn schäumendem Zorne, weil sie den verhassten Satz noch einmal hören mußte.

Dann stieg die Tür nach der Küche mit einem wilden Krach ins Schloß. Sie war hinausgelaufen.

Asmussen stand hilflos und verwirrt im Zimmer. Wenn man so auf ihn einschrie, konnte er ja erst recht nichts ver- stehen.

Der Kaufmann hatte große erschrockene Augen. Was sollte das nur bedeuten? Er legte sein Gesicht auf den Tisch. Er war sonderbar still, als er sich nun mit einem Gruch ent-fernte.

Auch der Referendar fühlte sich beengt. Es wollte ja nie-mand zum Frühstück kommen. Es war so drückend still geworden.

Nun setzte sich Lorenz Asmussen ans Fenster und sah sich um auf dem Markttag hinaus.

Der Referendar hatte mit einem Male das Gefühl, als ob er hier überflüssig geworden sei. Er trank sein Bier aus und ging. Er machte, daß er fortkam; er hatte es plötzlich eilig bekommen.

Asmussen aber saß am Fenster und schaute hinaus. Er hatte von der ganzen Sache noch immer nichts verstanden. Seit dem Fall im Bürgerverein aber war mit Dagmar gar nicht auszukommen. So viel verstand er nun doch, wie er da so einsam und hilflos am Fenster saß.

Der Frost hielt nicht nur an, er hatte zugenommen. Der Schnee lag klar und krischend in den Gassen, die Luft aber schmitte unerbittlich ins Gesicht. In der Nacht war es so kalt, daß es im Freien nicht mehr auszuhalten war. Man beschränkte den Schritt, man ließ, man verlor den Atem, man wurde fast von einer Art Todesfurcht befallen und suchte fluchtähnlich ein menschliches Obdach. Der Winter war so streng, daß er seine ganze Luftigkeit verlor. Die Offise war zugefroren, man konnte mit Kaskwagen über die Wucht fahren. Das Wild in den dunkeln Wäldern litt entsetzlich. Die Zeitungen meldeten von Unglücksfällen: ein Handwerks-bursche war erfroren und in einem Nachbardorf war eine alte Frau durch die Kälte umgekommen. Es war eine harte Zeit für die armen Leute.

Es war ein Glück, daß der alte Engelbrecht in der Fischergasse nicht unter Menschen kam. Er war unseugbar etwas wunderbar geworden. Hätte man es gewußt, hätte man einen ergiebigen Gesprächsstoff gehabt; man erwartete in diesem Punkte von der heiligen Bewegung das Schlimmste. Man hörte aber nichts davon, denn der alte Schuster war nun einmal vergraben. Er sah auf seinem Schemel, wie er immer gesessen hatte, er hämmerte, wie er immer gehämmert hatte, nur unterhielt er sich jetzt mit einem etwas Unsichtbaren. Er bewegte die Stippen, er murmelte vor sich hin, er hatte einmal sogar ein geistliches Lied ange-schrieben, aber das hatte man ihm selbstverständlich verboten. Man kam ja in Verzug, und Frau Engelbrecht, die es so sehr mit der bürgerlichen Reputation gekriegt hatte, wollte durch diese neue „Heiligkeit“ am allerwenigsten in Verzug kommen. Er konnte heilig sein soviel er wollte; aber er durfte keinen Lärm machen. Er konnte in die Versammlungen gehen, wenn er mit der Arbeit fertig war. Er war dort mit anständigen Leuten zusammen, die Sache kostete nichts, der Pastor sprach mit ihm, das war ausgezeichnet, aber die Arbeit durfte nicht vernachlässigt werden.

Eines Tages aber beging der alte Engelbrecht diesen Fehler. Der Himmel mag wissen, welcher Teufel ihn dabei geirrt hatte. Er war ja ohne Zweifel etwas wunderbar geworden, viellecht hatte er die Konsequenzen seiner Hand-

lung gar nicht übersehen können. Es war an einem Sonn-abendabend gewesen; die Schwarze wollte am Sonntag den öffentlichen Tanz besuchen. Sie hatte ihm die Tanzschuhe hingestellt, die besohlt werden sollten; aber Engelbrecht war in einem plötzlichen Anfall seines religiösen Wahnsinns in die Versammlung gegangen, ohne die Schuhe zu besohlen. Es versteht sich von selbst, daß ihm nunmehr der Besuch der Ver-sammlungen verboten wurde. Die lange Marie war davon sehr befreudigt; dieser neue Schwundel war ihr schon längst ein Dorn im Auge gewesen. Frau Engelbrecht seufzte ein wenig; sie hätte ihrem Manne die Versammlung gern ge-rettet; aber es ging ja selbstverständlich nicht, daß die Tanz-schuhe unter der Heiligkeit zu leiden hätten.

Wenn die Schwarze ihr das entgegenstellte, konnte sie ja einfach nichts mehr sagen! Und Engelbrecht hätte das Ver-bot ja auch mit großer Ruhe zu tragen. Er sah fleißig auf seinem Schemel, er sprach vor sich hin, er war stillvergnügt. Es war ja etwas Sonderbares und Verwirrtes dabei, aber das gehörte augenscheinlich zur Sache. Er sei sicher immer etwas idiotisch gewesen, meinte die lange Marie, nur daß man es in ihrer vernünftigen Zucht nicht gemerkt hatte. Wenn aber Engelbrecht zufrieden war, warum sollte Frau Engelbrecht es nicht auch sein?

Und Engelbrecht war zufrieden. Er wußte ganz genau, warum dieses Verbot über ihn gekommen war. Er war be-gnadet, wie niemand von den andern. Er durfte leben um des Herrn willen. Wenn es ihm am schlechtesten ging, war Jesus ihm am nächsten. Sollte er sich nicht freuen, wenn sein Erlöser ihm so nahe war?

Marie kam am Morgen um neun Uhr die schmale Stiege herabgeklettert. Es war eine gotterbammte Kälte. Sie war gestern abend bei Bernt gewesen; auf dem kurzen Heimweg war es so kalt gewesen, daß selbst ihre robuste Natur es nicht mehr ertragen mochte. Es war nur ein Glück, daß sie jetzt im warmen Zimmer ihren Morgenkaffee trinken konnte. Der „Unschuldige“ hatte strenge Orden, in aller Herr-gottsfrühe das untere Zimmer zu heizen, weil hier die be-den Dächter sich am Vormittag aufzuhalten pflegten. Und die Sache mit den Tanzschuhen war ihm gehörig eingegraben worden; er hatte seitdem keinen Fehler mehr begangen.

Marie öffnete die Tür und fand befremdet still. Die Fenster waren dicht gefroren. Es war hundekalt. Es war auch nicht reingemacht. Hatte sie nicht immer gesagt, daß dieser heilige Dreck notwendig zur Heiligkeit führen müsse?

In ihr begann es zu gären. Ihre grauen Augen funkel-ten mit wildem Zorn; sie wollte sich jede Einzelheit dieser großen Schandtat merken. Sie wollte ihre Sache haben, das wollte sie arbeitslos.

Werkzeug einseitiger Interessen der bestehenden Klasse erweisen, das die Verwirklichung sozialer und kultureller Aufgaben rücksichtslos verhindert. Es ist daher die Pflicht der sozialdemokratischen gesinneten Volksmassen, den Kampf gegen die Existenz dieses Privilegien-Parlament mit gestärkter Kraft fortzusetzen.

Die Landesversammlung fordert Wahrung der gesetzlich gewährtesten Rechtsgleichheit auch gegenüber proletarischen Organisationen jedweder Art. Sie gibt der unerschütterlichen Entschlossenheit der Sozialdemokratie Württembergs als eines Gliedes der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie Ausdruck, mit allen geeigneten Mitteln den Kampf für volle politische Freiheit und soziale Gerechtigkeit fortzusetzen bis zum endgültigen Siege.

Gegen eine Minderheit fand ferner eine vom Genossen Weimener begründete Resolution Annahme, die der Reichstagsfraktion für ihre Tätigkeit im Allgemeinen Anerkennung zollt und das Sündenkleben beim Kaiserhof begrüßt.

Genosse Fischer-Stuttgart erstattete dann ein kurzes Referat über den Internationalen Kongress. Als Delegierte für Württemberg wurden Fischer und Genossin Schrödin-Kreutlingen gewählt.

Über die Jugendfrage sprach Gen. Müller-Berlin. Er lenkte insbesondere die Aufmerksamkeit auf den Militarismus als die treibende Kraft im Kampfe gegen die proletarische Jugendaufklärung. Ein Antrag, der den Genossen, die ihre Kinder der Arbeiterjugendorganisation nicht zuführen, von Ehrenämtern ausschließen will, wurde abgelehnt. Ein weiterer Antrag, der verlangt, daß die Jugendbeilage der „Tagwacht“ auch den Provinzialblättern beigelegt werden soll, wurde dem Landesvorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Zur Frage der Frauenorganisation sprach Genossin Müller. Sie gab insbesondere Anregungen für die praktische Arbeit zur Gewinnung der Frauen. Die bestehende Frauenagitationskommission wurde durch Zuziehung einiger weiterer Mitglieder aus den größeren Wahlkreisen erweitert.

Abgelehnt wurde ein Antrag, der Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen solche Parteimitglieder verlangt, die an Veranstaltungen von Kriegervereinen teilnehmen.

Die nächste Landesversammlung findet in Stuttgart statt. — In den Landesvorstand wurden die alten Mitglieder wieder, an Stelle des ausscheidenden Genossen Frey Steinmeyer gewählt. Die Zusammensetzung des Landesauschusses bleibt dieselbe.

Mit einem anfeuernden Schlußwort des Vorsitzenden Fischer und einem Hoch auf die Internationale erreichte die Versammlung um 3 Uhr ihren Schluß.

Sofort nach Schluß der Landesversammlung zogen die Teilnehmer im Verein mit den Massen der Eßlinger Arbeiter den Berg hinauf auf die Burg, eine Ruine der alten Stadtbefestigung, umselbst eine Kundgebung für den Völkerrfrieden improvisiert wurde. Einem Freiheitschor folgten Ansprachen der Genossen Hildebrand, Müller, Simon, sowie der Genossinnen Müller und Zeffin. Die tausendköpfige Zuhörermenge stimmte der scharfen Kennzeichnung des Chauvinismus und der kapitalistischen Ursachen der Kriege stürmisch zu. Ein Hoch auf den Sozialismus und der Gesang unserer alten Kampflieder bildete den Schluß der eindrucksvollen Zusammenkunft.

Berufungen kamen 17 vor gegen 27 im Vorjahre, aus dem noch vier Sachen zu erledigen waren. Am Ende des Berichtsjahres war noch eine Sache in der Schwebe. An den im Berichtsjahre erledigten 20 Sachen waren 81 Genossen

beteiligt. Die Schiedsgerichte erkannten auf Ausschluß gegen 10, auf zeitweise Aberkennung des Rechts, Vertrauensämter zu bekleiden gegen 7, auf eine Rüge gegen 13 Genossen. Eine Sache wurde durch Vergleich erledigt.

Table with columns: Agitationsbezirke, Zahl der Wahlkreise die zum Bezirk gehören, Zahl der Ortsvereine, Mitgliederzahl der Parteiorganisationen (1918, 1914), and changes in membership (increase/decrease in absolute and relative terms).

Aus der Partei.

Scharfmacherei. Durch die bürgerliche Presse geht die folgende Notiz: „Die Berliner Staatsanwaltschaft hat auf Grund des am Sonnabend in den Straßen von Berlin ausgeteilten sozialdemokratischen Flugblattes, das die Aufforderung an die Arbeiterschaft enthielt, den Kriegstreibern in den Arm zu fallen, in welcher Aufforderung angesichts der gegenwärtigen politischen Lage eine strafbare Handlung nach § 112 Str.-G.-B. erblickt wird, ein neues Strafverfahren gegen den „Vorwärts“ als Herausgeber des Flugblattes eingeleitet.“

Zum Würzburger Parteitag nahmen die Kölner Parteigenossen in einer außerordentlichen Generalversammlung Stellung. Genosse Sollmann billigte in seinem Referat die

Haltung der Fraktion zur Kaiserhochfrage. Der Parteitag möchte sich weniger damit als mit der Stellung der Fraktion zur Kolonialpolitik und zu den Monopolplänen beschäftigen. Genosse Abg. Erdmann meinte, es habe kein Anlaß vorzuliegen, von dem bisherigen Verhalten der Fraktion abzuweichen.

Kronprinzen-Beleidigung. Vor der Strafkammer in Waldenburg i. Schl. spielte sich am Dienstag ein Prozeß ab, der deutlich zeigt, wohin bei uns der neueste Kurs geht. Genosse Opperich, früher Gewerkschaftssekretär in Waldenburg, jetzt in Hamm i. W., hatte im Frühjahr ds. Js. in Bad Salzbrunn eine Volksversammlung abgehalten, in der er über die Jaberner Vorgänge sprach.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Würzburg 1914.

Organisation.

Die Zahl der Bildungsausschüsse, die im Vorjahre 791 betrug, beziffert sich jetzt auf 854; Jugendausschüsse bestehen 837 gegen 655 im Vorjahre. In 252 Orten arbeiten Kinder- und Jugendkommissionen, im Vorjahre waren solche in 200 Orten zu verzeichnen.

Anträge auf Ausschluß aus der Partei wurden bei den Bezirksvorständen 280 gegen 267 im Vorjahre gestellt. In 207 Fällen wurde auf Ausschluß erkannt. In 9 Fällen traten die Angekludigten vorher aus der Partei aus, 5 Fälle wurden durch Vergleich erledigt, 2 von der antragstellenden Organisation zurückgenommen, 2 an diese zurückverwiesen und in 3 Fällen das Verfahren eingestellt. Auf eine Rüge wurde in 38 Fällen erkannt, in 8 weiteren auf Rüge und Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung von Ehrenämtern. In 4 Fällen erfolgte Freispruch, 2 waren beim Schluß des Berichtsjahres noch nicht erledigt.

Sie krieg so schnell hinauf, daß die schmale Stiege unter ihren schweren Tritten wimmerte und schobte.

Die Schwarze lag im Bette; sie war wach, aber das Bett war ihr noch angenehm gewesen.

„Der Unschuldige ist nicht auf“, sagte Marie.

„Das ist doch nicht wahr?“ Sie kam sofort in die Höhe.

Sie sah der Schwester gelangt in die Augen. Aber Marie lächelte. Es hatte tatsächlich keine Wichtigkeit.

Die Schwarze fuhr mit beiden Händen aus dem Bett und warf in aller Eile die Kleider über. Es kam jetzt alles darauf an, daß sie ihn noch im Bette erwischte.

Sie gingen beide auf den Zehenspizzen an seine Kammer. „Leise“, sagte die Schwarze, als sie nun die Türklinte ergrieff, sie wollte unter allen Umständen vor ihm stehen, wenn sie ihn noch mauchte. Der Schreck sollte ihn gehörig in die Glieder fahren. Alles andere würde sich dann schon finden.

Der Unschuldige lag mit dem Gesicht nach der Wand und schief den Schlaf des Friedens.

„Hi“, sagte die Schwarze. Marie war so plump und konnte die ganze Sache verderben, indem sie ihn vorzeitig weckte.

Sie ging auf den Zehenspizzen ans Bett, dann riß die Schwarze mit einem Griff die Bettdecke herunter.

Der Unschuldige aber regte sich nicht.

„Kann?“ In den Augen der Schwarzen begann es zu glimmen, dieses böses Glimmen das über mehr als einen das Verderben gebracht hatte.

Der Unschuldige aber regte sich nicht.

„Er ist meiner Seele tot“, sagte Marie und sah über sich aus.

„Fini“, sagte die Schwarze und bedeckte ihn wieder zu.

Mit dem wien Säugler war ja nichts mehr anzufangen. Es fand deutlich in ihren Augen: Sie hatte diesem geduldeten Krieger die etwas Gutes zugezogen. Sie verwarf ihren Blick vor dieser Handlungsweise durchaus nicht.

„Gehen wir“, sagte sie kurz.

Der alte Engelbrecht aber war tot. Er war so tot wie ein Stein, der die Hände im Harnsand vergessen haben.

Er war so puerlich tot, daß selbst diese beiden lässigen Mädchen ihn nicht mehr zu wecken vermochten. Er hatte nur einmal einen Streich der Schwarzen verzeihen können; er hatte seine Neugierde aber auch gleich gründlich genommen.

Die Schwarze war indigniert.

„Was machen wir jetzt?“ meinte Marie, als sie wieder

Sie zuckte lässig die Achseln.

„Was war da zu machen? Der Mann war entwischt. Es kam mitunter vor, daß ein Mann entwischt. Es war nichts dabei zu machen.“

„Gehen wir zu Berni“, sagte sie. Er kann zu Dagmar hinunterstehen, um der Mutter Bescheid zu sagen. Sie muß ja selber wissen, was sie machen will.“

„Das ist ausgezeichnet“, sagte Marie. Sie war einen Augenblick vorgewollt gewesen, weil sie am Ende selbst den Kaffee machen mußte. Aber nun kam wieder Leben in ihre Augen.

„Dann kann die Mutter auch die Zimmer machen.“

„Wer denn sonst?“ sagte die Schwarze und fandte ihr einen Blick freudiger Erwartung zu. Es war ihr gar nicht behaglicher, daß sie ihre Finger in diese Sachen mischen konnte.

Marie gewann sofort ihre Stimme wieder. Auf diese Weise war der Todesfall, Gott sei Dank, in entsprechender Weise erledigt.

Die alte Frau Berni kam ganz aus dem Häuschen, als sie die Trauertunde erhielt.

„Ach, mein Gott!“ jammerte sie und schüttelte erschreckt den Kopf. Dann faltete sie ergeben die Hände, sah ein, daß wir alle sterben müßten, um gleich darauf mit „Ach, mein Gott!“ in eine neue Klage auszubrechen.

Marie sah breitbeinig an dem Tische und grünte bezeugt.

Frau Berni trippelte ratlos im Zimmer umher; sie sah so süßig aus.

Marie war nun einmal gemüthlich angelegt, der Schwarzen fiel das Gemüthlich an die Knochen. War es nicht genug, daß ihr wieder einmal ein Koffen gespielt worden war? War es nicht genug, daß ihr nun sogar der Unschuldige einen Streich spielen konnte? Es war nach ihrer Meinung Übergang. Sie fandete der alten Frau Berni einen Blick des Hasses zu, der ihr wie ein kaltes Messer in den Rücken fuhr.

Kam es daher, daß Frau Berni nicht länger jammern wollte? Sie wollte nicht mehr Klagen, sagte sie; sie holte ihre Sachen, um schnell nach dem Friedewart hinunterzugehen.

„Wollen Sie uns nicht erst den Kaffee machen?“ kam es eilig von der Schwarzen.

„Haben Sie keinen Kaffee bekommen?“ kam es jammernb zurück.

„Nein. Die eine Nichtswürdigkeit war zu der andern gekommen.“

Frau Berni ging in die Küche, um den Kaffee zu machen.

„Welchen Doktor habt Ihr gehabt?“ fragte ihr Mann, als sie verschwand war.

Marie neigte wieder stark zur Heiterkeit. Es war ihr überhaupt komisch, wenn ein Mensch den Doktor holen ließ.

Daß sie ihn für den Unschuldigen gehalten haben sollten, schien ihr ein Gedanke von unwiderstehlicher Komik zu sein. So gar in den Mundwinkeln der Schwarzen kroch ein dünnes, lachhaftes Lächeln hervor.

Der alte Berni sah wohl, daß sie einen Doktor nicht gehabt hatten.

„Ist er in der Nacht gestorben?“ fragte er.

Die Schwarze sendete ihm einen fragenden Blick zu. Wann hätte er denn sonst sterben sollen? ging es ihr durch den Sinn. Am Tage war sie ja da.

Der alte Berni konnte sich auf einmal gar nicht mehr beruhigen, obwohl er eine Antwort nicht erhielt. Es fiel ihm plötzlich ein, daß er den alten Säugler noch gekannt hatte, bevor er die gute Partie mit Frau Engelbrecht machte.

Er hatte ihn ja sogar nie gesehen, er kam ja nicht unter Menschen. Er sah aber doch auf seinem Schmel, er wußte doch, daß er da war; es war doch ein Loch entstanden, nun er gestorben war.

„War er denn gar nicht krank?“ fragte er.

„Nein“, sagte Marie; „aber tot ist er, und das ist ja die Hauptsache.“ Sie hatte sich die ganze Zeit über den alten Berni amüsiert.

„Ja so“, sagte Berni und verschwand hinter dem Schrank.

Er hatte ja ganz vergessen, mit wem er eigentlich sprach.

Nach einer Stunde kam Frau Engelbrecht in Person.

Die alte Frau Berni war zurück; sie ging ihr entgegen und drückte ihr die Hand. Sie mochte sie durchaus nicht leiden, sie war aber doch eine Frau, die ihren Mann verloren hatte.

Frau Engelbrecht war auch nicht wenig bewegt; sie war so tief in die Ehrbarkeit hineingekommen, daß sie der Frau schon treu bleiben mußte. Sie atmete erst auf, als sie mit den Köstern ein ehrliches, unerschütterliches Wort reden konnte.

„Wo wollt Ihr essen?“ fragte sie.

Die Schwarze zuckte die Achsel. Sie sah nicht ein, daß sie diese Frage lösen sollte.

„Ihr esst am besten hier“, fuhr Frau Engelbrecht fort.

„Ich werde bei Dagmar essen. Ich muß ja zur Beiden kommen. Auch einen Satz müssen wir haben.“

(Fortsetzung folgt.)

der Kronprinz mit seinen Telegrammen die Verfassung mit Füßen getreten habe. Während zwei der geladenen Polizeibeamten bezeugten, daß die unter Anklage gestellte Neukerker so gelaufen habe, bestritten drei andere Zeugen, die als Versammlungsbesucher den Vortrag gleichfalls mit angehört hatten, diese Redewendung. Der Redner habe zwar vom Kronprinzen und seinen bekannnten Telegrammen gesprochen, habe aber nicht den Thronfolger gemeint, als er davon sprach, daß die Verfassung mit Füßen getreten werde. Die Versicherung des Angeklagten, wie die Aussagen der Zivilzeugen machten auf das Gericht keinen Eindruck, es hielt sich an die Aussagen der Polizeibeamten. Der Staatsanwalt beantragte neun Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis.

Imperialistische Verleumdung des Freisiums.

Die augenblickliche Kriegshege steht bekanntlich im Zeichen heftigen Wettbewerbs zwischen der Presse der deutschen Fortschrittspartei und der des Zentrums. Jede von beiden möchte die andere in frivolen Kanakaten gegen Serbien, Rußland und deren Verbündete überbieten. Jetzt scheinen auch die beiderseitigen Parlamentarier in den Konkurrenzkampf einzugreifen und zwar macht darin der Fortschritt den Anfang, um den Vorantritt der schwarzen Presse in der Kriegshegerei auszugleichen. In Hagen haben die fortschrittlichen Jugendvereine des Wuppertales und Hagens eine Eugen-Richter-Gedächtnisfeier abgehalten, auf der der Rektor Kopsch eine Ansprache hielt, die außer dem üblichen Phrasengeflügel folgende Anrempelung der Sozialdemokratie brachte:

„Während das Verhalten Oesterreichs in der ganzen Kulturwelt Zustimmung finde, sei es neben der russischen Sekhpreffe nur das führende Organ der deutschen Sozialdemokratie, der „Vorwärts“, gewesen, der gegen die frivole Provokation Oesterreichs protestierte. Unter der jubelnden Zustimmung der ganzen Versammlung stellte der Redner fest, daß in solcher Stunde jeglicher Parteiuerschied verschwinden müsse und das Dichterwort wahr werde: Ein Volk, ein Herz, ein Vaterland! Wenn noch Hoffnung auf Erhaltung des Friedens vorhanden sei, dann gründe sie sich nicht auf die papiernen Proteste der Sozialdemokratie, sondern auf die Festigkeit des Dreibundes, die Bündnistreue Deutschlands, die militärische und wirtschaftliche Macht unseres Vaterlandes. Gegenüber den Flugblättern der Sozialdemokratie müsse er sagen: Nichtswürdig die Nation, die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre!“

Ganz Kopsch! Ganz Fortschritt! Diese wüste Aufwiegelei der berufsmäßigen Säbelraket durch den Führer einer Partei, die bisher den Anschein der Bekämpfung kriegerischer Entwicklung zu erwecken suchte, zeigt die ganze politische Verkommenheit des liberalen Bürgertums. Und es zeugt für die Vermächtigkeit des fortschrittlichen Geistes, daß der mundgewaltige Herr Rektor nicht einmal den Versuch machte, zu erklären, wieso denn die „Ehre der deutschen Nation“ erfordere, die blutige Provokation Oesterreichs mitzumachen. Wenn der Friede erhalten bleibt, dann ist das wahrlich nicht der schönsten Heherei der imperialistisch verfeuchten Fortschrittspresse zu danken, sondern der Sozialdemokratie und ihrer Presse, die sich dieser famose Volksvertreter erdreistet, mit der russischen Sekhpreffe auf eine Stufe zu stellen.

Soziales.

Differenzen in der Reichsversicherungsanstalt für Angeklagte. Das Direktorium und der Verwaltungsrat dieser neuen Reichsversicherungsanstalt haben vor einiger Zeit die Errichtung eines Beamtenausschusses beschlossen und Satzungen für diesen Ausschuss erlassen. Die auf den 19. Mai ausgesetzte Wahl kam aber nicht zustande, da die Beamten, die übrigens mit ihren Gehaltsverhältnissen recht unzufrieden sind, in einer tags zuvor abgehaltenen Versammlung beschlossen hatten, sich nicht an der Wahl zu beteiligen. Die Satzungen des Ausschusses ließen erkennen, daß es dem Direktorium und dem Verwaltungsrat nicht darauf ankam, den Beamten ein Organ zur wirksamen Vertretung ihrer Interessen zu verschaffen, sondern es war ihnen darum zu tun, ein Dekorationsstück zu schaffen, das zunächst den Beamten etwas Berartiges vortäusche, dann aber auch nach außen hin darsin sollte, wie müßtergütig diese Behörde ihre Pflichten als Arbeitgeber auffaßt. Dies durchschaute die Beamten und lehnten es, wie sie ausführten, „aus Achtung vor sich selbst“ ab, an einer derartigen Einrichtung mitzuwirken. In einer ausführlichen Eingabe begründeten sie diesen Standpunkt. Sie bemängelten, daß der Ausschuss niemals gehört werden müsse, sondern immer nur gehört werden

könne, wenn es dem Direktorium der Anstalt beliebt. Ferner sei es notwendig, daß der Ausschuss auch das Recht erhalte, in Gehaltsfragen und in Angelegenheiten einzelner Beamten mitzusprechen. In der Tat wäre ein Angestelltenausschuss, der in diesen wichtigen Dingen nichts zu sagen hat, eine ganz wertlose Einrichtung.

Was antworteten aber Direktorium und Verwaltungsrat auf die wohlbegründeten Eingaben der „Vereinigung der mittleren Beamten der Reichsversicherungsanstalt für Angeklagte“? Die beiden Schreiben haben nahezu denselben Wortlaut. Eins davon wollen wir hier wiedergeben.

„Berlin-Wilmersdorf, den 30. Juni 1914.
Dem Vorstande der Vereinigung eröffne ich, daß der Verwaltungsrat auf die Eingabe vom 27. d. M. auf Antrag seines Petitionsausschusses einstimmig und ohne Erörterung wie folgt beschlossen hat: Solange die Beamten von dem ihnen gegebenen Recht, sich eine Vertretung zu schaffen, keinen Gebrauch machen, muß es der Verwaltungsrat ablehnen, zu irgendwelchen Eingaben von Beamtenvereinigungen Stellung zu nehmen; er geht daher über die vorliegende Eingabe zur Tagesordnung über.“

Man will jetzt also die Beamten zwingen, sich mit dem Monstrum abzufinden, das ihnen vorgelegt ist. Bis jetzt verspüren sie aber anscheinend wenig Neigung dazu. — Die Angelegenheit wirkt ein eigentümliches Licht auf den anti-sozialen Geist, der in der Leitung dieser neuen sozialen Versicherungseinrichtung herrscht. Die Vorgänge dürften nicht nur die beteiligten Versicherten, sondern auch die breitere Öffentlichkeit interessieren. Jedenfalls werden wohl die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten die ganze Sache aufgreifen und nach dem Wiederzusammentritt im Reichstage zur Sprache bringen.

Unwirksamer Arbeiterstreik. Auf Grund des § 857 der Reichsversicherungsordnung haben in diesem Jahre Vertreter der versicherten Arbeiter zum erstenmal an den Beratungen über die Jahresberichte der technischen Aufsichtsbeamten der gewerblichen Berufsgenossenschaften teilgenommen, so auch an einer Sitzung der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft, die in Hannover stattgefunden hat. Dort mußten die Arbeitervertreter zu ihrem Erstaunen aus dem Bericht zu entnehmen, daß eine große Kafesfabrik, die bekannte Firma K. S. Langnese Wwe. u. Co. Hamburg, auf Grund des § 880 der R. V. O. (Befürchtung der Verletzung von Betriebsgeheimnissen) den sämtlichen zuständigen und auf ihren Dienst vereidigten technischen Aufsichtsbeamten den Zutritt zu den Betriebsräumen verweigert hat. Die Firma läßt ohne weitere nähere Angabe von Gründen die technischen Aufsichtsbeamten, die zum Teil jahrelang bei der Berufsgenossenschaft tätig sind, einfach nicht in den Betrieb hinein. Befürchtung der Verletzung von Betriebsgeheimnissen durch die vereidigten und in allen Betrieben tätigen Aufsichtsbeamten scheidet aber natürlich vollständig aus. Es bleibt lediglich als wahrer Grund der Ablehnung der Beamten die der Firma anscheinend unangenehme Kontrolle durch die technischen Aufsichtsbeamten übrig. Die Berufsgenossenschaft glaubte aber um so mehr, eine Revision des Langnese'schen Betriebes vornehmen zu müssen, als in dem Betriebe wiederholt Unfälle, darunter ein schwerer an der Teigwalze, vorgekommen waren. Ein in der Fabrik beschäftigter und erheblich verunglückter Arbeiter hatte sich unter Angabe seines Namens an die Berufsgenossenschaft schriftlich gewendet und um Abstellung der gefährlichen Betriebszustände gebeten. Der amtliche Jahresbericht der technischen Aufsichtsbeamten sagte nun in der Angelegenheit, daß die Berufsgenossenschaft gegen das Gebaren der Firma Beschwerde beim Reichsversicherungsamt eingelegt habe, das aber noch keine Entscheidung gefällt habe. Es interessiert natürlich jetzt, zu erfahren, ob eine solche Entscheidung nunmehr eingegangen und ob überhaupt das Reichsversicherungsamt um eine baldige Entscheidung erlucht worden ist. Die ganze Angelegenheit ist ohne Zweifel nicht nur für die Arbeiter dieses Betriebes und für die Nahrungsmittelarbeiter, sondern für die Arbeiter aller Industrien von außerordentlicher Bedeutung. Denn wenn es der Firma Langnese gestattet sein soll, sich der Aufsicht durch die technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft zu entziehen, kann mit demselben Rechte jeder andere Betriebsunternehmer ohne Anführung von Gründen den § 880 für sich in Anspruch nehmen. Wenn jeder Betriebsunternehmer ohne weiteres das Recht für sich in Anspruch nehmen könnte, wegen Befürchtung von Verletzung seiner Betriebsgeheimnisse seine Fabrik den Aufsichtsbeamten zu verschließen, dann würde die ganze Unfallversicherung in der Luft hängen und es könnte vom geleglich vorgehenden Arbeiterschutz und seiner Durchführung überhaupt keine Rede mehr sein. Was sagt also das Reichsversicherungsamt zu der Angelegenheit?

Vorsichtsmaßregeln der Börse. An der Berliner Börse wurde am Mittwoch auf Antrag der Berliner Großbanken der Terminhandel eingestellt. Die Vertreter der Großbanken und Bankiers haben wiederholt Konferenzen abgehalten, indem sie sich mit der Frage beschäftigten, welche Maßnahmen angesichts der Kriegswirren getroffen seien, um wirtschaftliche Verluste nach Möglichkeit zu verhindern. Man plante, die Börse überhaupt zu schließen. Schließlich aber begnügte man sich damit, beim Börsenvorstand zu beantragen, wenigstens die Termin-Märkte geschlossen zu halten. Diesem Antrag ist entsprochen worden. Die Einstellung des Terminhandels verfolgt den Zweck, die Baissespekulation zu verhindern. Nachdem die russische Staatsbank den Diskontsatz

von 5/8 auf 6 Proz. erhöht hat, rechnet man damit, daß auch der deutsche Reichsbankdiskont eine Erhöhung von 4 auf 6 Proz. erfährt. Bis jetzt sind indessen Erörterungen in der Reichsbankleitung über diese Frage noch nicht gepflogen worden.

Aus Nah und Fern.

Dynamitexplosion. Auf dem Kalkbergwerk „Kraja II“ bei Bleichrode in Thüringen hat sich in der Nacht zum Mittwoch ein schweres Explosionsunglück ereignet. In einem engen Stollraum lagerten etwa 80 Pfund Dynamit, das aus noch unbekanntem Grund explodierte. 10 Bergarbeiter und ein Steiger wurden getötet; ein Bergmann wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Die Tragödie einer Dienstmagd. Ein schweres Verbrechen wurde beim Getreidemähen auf Kleinpöcher Flur in Sachsen entdekt. Dort fanden Schnitter mitten in einem Roggenfelde die bereits in Verwesung übergegangenen Leichen von zwei kleinen Kindern, die schon etwa acht Wochen an der Fundstelle gelegen haben mußten. Die behördlichen Ermittlungen ergaben, daß es sich vermutlich um Kinder von sogenannten Sachfengängern handelte. Die Annahme ist richtig, die Täterin konnte am Montag ermittelt und verhaftet werden. Es handelt sich um die 25 Jahre alte Dienstmagd Radwahn aus Luowicz in Böhmen. Die Kindesmutter befand sich bisher in Hühndorf bei Gaueritz in Stellung, wurde dort aber vor einiger Zeit abgeschoben, um die außerhalb geboren Kinder in der Heimat unterzubringen. In Böhmen fand aber die Radwahn nicht die erhoffte Aufnahme und so kehrte dann die Mutter voller Verzweiflung wieder nach Sachsen zurück. Nach ihrem Geständnis ist sie vor ungefähr acht Wochen mit der Bahn bis Tharandt gefahren, hat dort übernachtet und dann in der Verzweiflung die Kinder am anderen Tage ausgesetzt, um sich ihrer auf diese Weise zu entledigen. Sie bekennt, die Kinder ermordet zu haben. Das erscheint aber nicht glaubwürdig, da man dann die Kinder schließlich einmal hätte schreien hören müssen. Nach dem Befund liegt ungewisslich eine gewalttätige Tötung vor. Es scheint sich bei dieser furchtbaren Tat um den letzten schrecklichen Akt einer sozialen Tragödie zu handeln, deren düsterer Hintergrund das Elend der Sachfengänger ist, jener Ausgebeuteten unter den Ausgebeuteten, die den Grundbesitzern gerade gut genug als billige Arbeitskräfte zu dienen.

Zum neuesten Massenopfer auf dem Schlachtfelde des Bergbaues. Diese neueste Katastrophe, die sich soeben auf der Stinneszeche „Adolf von Hansemann“ ereignete, macht bei dem tobenden Kriegslärm einen sehr eigenartigen Eindruck. Der Besucher der Unglücksstätte sah am Dienstag morgen das übliche Bild, aufgeregte Menschenmassen und weinende Frauen auf den Straßen. Während hier auf dem Schlachtfelde des Bergbaues wieder eine grausige Schlacht geschlagen war, schieden sich viele Kameraden der Verunglückten, die Oesterreich ihre Heimat nennen, an zu den anderen Schlachtfeldern fern im Osten zu eilen. In der Totenhalle der Zeche lagen die Opfer der Reihe nach aufgebahrt, zum Teil erheblich verbrannt und entstellt. Kaum dreihundert Schritte von dieser Stätte eine Kneipe, gefüllt von Oesterreichern, in Alkoholbegeisterung Kriegskleder grählend, die Koffer gepackt, um mit dem nächsten Zuge abzureisen. Ein unsagbar trauriges Bild, das zeigt, wie verrohend schon der Kriegslärm wirkt. Das Unglücksfö, das die Opfer gefordert, befindet sich schon seit zwei Jahren in Brand. Es ist damals abgedämmt worden und dann wurde weiter gearbeitet. Am Montag abend zwischen 8 und 9 Uhr ist bemerkt worden, daß Gase entwichen, der Damm also brüchig sei. In der Nacht ist an dem brüchigen Damm gearbeitet worden, das Feuer ist dann aber völlig zum Ausbruch gelangt. Wann das geschehen, steht nicht fest, denn die Beteiligten sind sämtlich tot. Die Getöteten sind Reparatur-Mauer der Abteilung 4 auf der 440 Meter Sohle. Es war den Verunglückten unmöglich, dem Tode zu entzinnen; aufwärts ging es nicht, weil der Teil abgebaut ist, vorwärts waren die Strecken bis zum Schacht — das ist ein Weg von einer halben Stunde — mit den dichtesten Brandgasen gefüllt. Es heißt übrigens, daß schon am 31. Januar 1914 bei der Bergbehörde Anzeige erstattet worden ist, daß in der Nähe der jetzigen Unglücksstätte Brandgase bemerkt worden seien. Auch jetzt soll es in der Grube der Zeche „Adolf von Hansemann“ noch mehrere, allerdings abgedämmt Brandherde geben. Die vielen Unglücksfälle, die infolge Flözbrand, die in den letzten Jahren zu verzeichnen waren, legen die Frage nahe, ob die abgedämmt, brennenden Flöze auch mit der nötigen Sorgfalt beobachtet werden. Die vielen Artikel, die in der Dortmunder

Eilen Sie!

Kauf Sie noch heute! Selten günstige Kaufgelegenheit!

Unser

Saison-Ausverkauf

nur noch dauert nur noch

4 Tage!

CONRAD TACK & CO.

Lübeck: Tel. 2586.

Breite Straße 47.




